

Peter Th. Walther

## „Arisierung“, Nazifizierung und Militarisierung

Die Akademie im „Dritten Reich“

Die Geschichte wissenschaftlicher Institutionen oder Disziplinen und ihrer Repräsentanten der Jahre 1933 bis 1945 in Deutschland zu untersuchen, ist nach wie vor eine heikle Angelegenheit. Das hat im Herbst 1998 der Historikertag in Frankfurt am Main bestätigt, auf dem die Frage nach den personellen, institutionellen und konzeptionellen Kontinuitäten des Faches über das Jahr 1945 hinaus in weitgehend emotional bestimmten Diskussionen verhandelt wurde.<sup>1</sup> Die Brisanz der Fragen nach Kontinuitäten über das Ende des nationalsozialistischen Deutschland hinaus entsteht in der Regel durch die Verquickung mehrerer Faktoren: einerseits durch die institutionelle und organisationelle Tendenz zur möglichst unbefleckten Traditionspflege, andererseits durch die wenig Rücksicht nehmenden allgemein anerkannten Regeln historischer Analyse, drittens durch das Überwiegen oft emotional unteretzter moralischer Kriterien im Forschungsprozeß, die die Regeln der historischen Arbeit konterkarieren, und schließlich noch durch das Geflecht und Gefüge der disziplinar bestimmten, durch politische Vorlieben und Generationenkonflikte gefärbten Personalpolitik. Auch die Geschichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften hat unter diesem Gesichtspunkt ihre eigenen Tücken.

Als am 6. Juni 1945 die erste, von lediglich zwölf Mitgliedern besuchte Nachkriegssitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften stattfand, verlas der amtierende Präsident Grapow einen Bericht, den er auf Veranlassung des Magistrats von Berlin kurz zuvor dem Leiter des Amtes Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Ministerialrat Otto von Rottenburg, übergeben hatte:<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Schulze/Oexle, *Historiker im Nationalsozialismus*, bündelt die erweiterten Beiträge der Sektion der Frankfurter Historikertages und versucht, die Forschungslücken, -voraussetzungen und -rücksichtnahmen zu thematisieren. – Ich bin Frau Christiane Wilke, Greifswald, und Herrn Jens Thiel, Berlin, für ihre gezielten Archivrecherchen sehr dankbar.

<sup>2</sup> AAW Berlin, P 1/0, Bl. 1–3: Protokoll der a.o. Gesamtsitzung vom 6. Juni 1945; Undatierte Abschrift/Auszug des Schreibens an das Amt Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 4. Juni 1945. Das Schreiben endet mit: „gez. Stroux“. Aus dem Text geht jedoch eindeutig hervor, daß Grapow (in Zusammenarbeit mit Scheel) der Autor war. Stroux benutzte diese Abschrift nach dem 21. Juni 1945 als Vorlage für einen Bericht über die Akademie, wie aus seinen handschriftlichen Veränderungen hervorgeht. AAW Berlin, AKL, Akademie (allg.), Neubeginn ...

„Die Preussische Akademie der Wissenschaften ist, wie alle Akademien, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Akademie hat 2 Klassen [...], deren jede [43] ordentliche Mitglieder zählt, [...] für die ganze Akademie 86. Die Akademie /soll nach der jetzigen Satzung, die die Akademie sich selbst im Jahre 1939 gegeben hat, von einem Präsidium geleitet werden [...]. Ich werde in einer demnächst einzuberufenden Sitzung des Plenums die alte Satzung von 1881 wieder in Kraft setzen [...]. Ich werde der Akademie vorschlagen, [...] mindestens 3 Stellen durch Zuwahl neu zu besetzen, und zwar mit den ordentlichen Mitgliedern Professor Dr. Johannes Stroux (dem deutschen Vizepräsidenten der [Internationalen] Union [der Akademien der Wissenschaften]), Professor Dr. Max [recte: Ludwig] Diels (dem Direktor des Botanischen Gartens in Berlin-Dahlem) und Professor Dr. Ferdinand Sauerbruch. Alle drei sind politisch vollkommen unbelastet./

/Die Akademie hat sich [...] den ständigen Wünschen des Reichsministeriums für Wissenschaft [...] gegenüber ablehnend verhalten und kein einziges seiner ausländischen korrespondierenden Mitglieder gestrichen; ebensowenig, wie die ausländischen jüdischen Mitglieder. Die Akademie hat stets als Grundregel befolgt, die Basis für die Wiederanknüpfung der wissenschaftlichen Beziehungen nach dem Krieg nicht zu zerstören. Sie hat auch ihre eigenen drei jüdischen ordentlichen Mitglieder im Jahre 1938 auf ministerielle Anforderung hin nicht ausgeschlossen. [...]

Ich bitte, darauf hinzuwirken, dass die Akademie erhalten bleibt und ihre Arbeiten in dem zurzeit möglichen Umfang fortführen kann, denn sie kann wesentliches zum Wiederaufbau des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland beitragen.

Von den in Berlin z. Z. verfügbaren ordentlichen Mitgliedern haben nur 5 der NSDAP angehört, von denen überdies Professor Thiessen und Professor Eitel nach Moskau berufen sind, so dass nur 3 verbleiben./ [...]“<sup>3</sup>

Anschließend vermerkt das Protokoll: „Die anwesenden Mitglieder nehmen Kenntnis. [...] Hr. Spranger äussert sich über den Inhalt des Berichts. Er hält die Ausführungen für zu apologetisch und meint, die Akademie hätte keinen Anlass, sich schon vorweg zu entschuldigen.“

Die Erinnerung an das Verhalten der Akademie und ihrer Mitglieder zwischen 1933 und 1945 war also schon einen Monat nach dem europäischen Kriegsende unter den Akademiemitgliedern umstritten. Denn deren Erinnerungen beruhten auf unterschiedlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen während der letzten zwölf Jahren, und die Darstellung der Erinnerungen war zudem deutlich dadurch beeinflusst, daß die Akademie daran interessiert war, sich eine Vergangenheit zu schreiben, die unter den neuen, noch nicht deutlich

660. Die Texte zwischen / und / sind durchgestrichen; statt dessen ist im zweiten Absatz handschriftlich vermerkt: „hat sich kürzlich eine neue Satzung gegeben, nach der die Leitung in Händen eines Präsidenten und zweier Sekretare liegt. Zum Präsidenten [ist] das ordentl. Mitgl. Prof. Dr. Joh. Stroux, zu Klassensekretaren Diels + Hartung gewählt worden.“ Mit Union ist die für Geistes- und Sozialwissenschaften zuständige Union Académique Internationale gemeint.

<sup>3</sup> Thiessen ging 1946 in die Sowjetunion, Eitel in die USA.

erkennbaren politischen Rahmenbedingungen ein Überleben der Institution rechtfertigen sollte. Bekanntlich setzte sich in der SBZ/DDR bald eine Interpretation durch, die der Akademie eine nahezu antifaschistische „bürgerlich-humanistische“ Vergangenheit bestätigte, so daß die Akademie als einzige Institution in der DDR durchgehend auf ihre 245jährige preußische Vergangenheit mit Wohlwollen zurückblicken konnte und sollte.<sup>4</sup>

Der Rechenschaftsbericht von Grapow, Pg. seit 1937,<sup>5</sup> zudem Förderndes Mitglied der SS,<sup>6</sup> bis Kriegsende Dekan der Philosophischen Fakultät, Prorektor und amtierender Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, war unter diesen Bedingungen ebenso ein erstes Interpretationsangebot wie die emotionale Reaktion von Spranger, der der „nationalen Revolution“ anfangs halbwegs freundlich gegenüberstand, aber bald in gezügelte Konflikte geriet und 1944 sogar kurzzeitig verhaftet worden war. In beiden „Positionierungen“ waren jedoch direkt oder indirekt die zentralen Themenkomplexe angesprochen, die das Leben der Akademie seit 1933 bestimmt hatten:

1. die Frage nach der „negativen“ Personalpolitik, die Entfernung „nichtarischer“ Mitglieder und Mitarbeiter,
2. die Frage nach ihrer Nazifizierung im Sinne ihrer Personalpolitik durch Zuwahl von Mitgliedern, die die Programmatik der NSDAP vertraten, „Parteigenossen“ oder Angehörige einer der Gliederungen der NSDAP waren,
3. die Frage nach ihrer Nazifizierung im Sinne ihrer Wissenschaftspolitik zugunsten militär- und rasseorientierter Theorie und Praxis zum Zwecke der Ausweitung und Ausbreitung nationalsozialistischer Herrschaft und
4. die Frage, wie stark die Akademie „im Kern“ dem NS-Regime verpflichtet war; oder ob sie, sich auf Normen und Verhaltensweisen des Kaiserreichs oder der Weimarer Republik stützend, sich den Vorgaben, Zumutungen und Verlockungen des Regimes zu entziehen gewußt hatte und demzufolge nach 1945 glaubwürdig ihre guten Dienste zur wissenschaftlichen Neugestaltung Deutschlands anbieten konnte.

Um diese Fragen diskutieren zu können, ist erst einmal der Stellenwert der Akademie im Wissenschaftsgefüge Deutschlands zu bestimmen. Die Planungen und Aktivitäten der Wissenschaftsverwaltung seit 1933 zeichnen sich durch eine auffällige Kurzatmigkeit aus, und es ist bezeichnend, daß bei allen Umstrukturierungen und Neugründungen – seien sie lediglich geplant, möglicherweise auch nur in Ansätzen durchgeführt und umgesetzt – der Preußischen Akademie der Wissenschaften lediglich eine marginale Stellung zugestanden wurde. In der nationalsozialistischen Wissenschaftspraxis standen die Akademien der Wissenschaften als Institutionen mit wenig Gewicht erst an letzter Stelle im Neuordnungsprozeß. Universitäten und Forschungsinstitutionen wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatten Vorrang. Dabei ging die Gesamtplanung der Wissenschaftspolitik im Ministerium

<sup>4</sup> Und zwar eher in den populären Veröffentlichungen wie z. B. Dunken, *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Vergangenheit und Gegenwart*.

<sup>5</sup> Grapow stellte den „Antrag auf Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ am 25. Juni 1937, als Datum des Parteieintritts galt jedoch der 1. Mai 1937. BA Berlin, BDC.

<sup>6</sup> Laut „Fragebogen für Parteimitglieder“ für die „Parteistatistische Erhebung 1939“. BA Berlin, BDC.

offensichtlich über die Personal- und Berufungsvorschläge aus diesen Institutionen hinaus. Durch die Verdrängungspolitik gemäß dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ kam es seit 1933 im Wissenschaftssystem zu erheblichen personellen Verwerfungen, die zentral vom Kultusministerium bzw. Reichserziehungsministerium gesteuert wurden. Dort stellte man 1936 stolz fest, daß „die Übereinstimmung zwischen Partei und Staat stets durch die Sorgfalt und Verantwortlichkeit sichergestellt sei, mit der Berufungsvorschläge bearbeitet würden. Von den über 200 Berufungsvorschlägen, die man dem Dozentenbundführer vorgelegt habe, sei noch kein einziger als indiskutabel zurückgekommen.“<sup>7</sup> Da in die Akademie in der Regel nur arrivierte Ordinarien oder Direktoren oder Abteilungsleiter von Kaiser-Wilhelm-Instituten aufgenommen wurden, war es nur eine Frage der Zeit und ministerieller Geduld, bis die Akademie phasenverschoben „an die Reihe“ kam. Dementsprechend lange dauerte die Phase, in der die Berliner Akademie nahezu ungestört ihre Aktivitäten fortsetzen konnte.

Die Beziehungen der Akademie zu den preußische Staatsbehörden gingen auch 1933 ihren gewohnten Gang: Im Frühjahr erinnerte Planck das Ministerium an die Bitte der Akademie, die Satzung dahingehend ändern zu wollen, daß auch eine beschränkte Zahl auswärtiger Ordentlicher Mitglieder gewählt werden können. Dabei ging es kaum um die Satzungsänderung, sondern um die Sicherstellung der Finanzierung der Aufwandsentschädigung für die Auswärtigen im Haushalt der Akademie. Der Mathematiker Theodor Vahlen – der 1927 wegen nationalsozialistischer Tätigkeit von der Universität Greifswald entlassen, allerdings 1930 nach Wien an die Technische Hochschule berufen worden war – vermerkte als damals frisch ernannter Abteilungsleiter im Preußischen Kultusministerium auf diesem Schreiben, daß die besten Köpfe Deutschlands sicherlich nicht in der Großstadt Berlin zu finden seien und daher eine Verbesserung der Position der Preußischen Akademie wohl nicht in Frage käme. Die Ruhe um die Akademie in den Jahren 1933 bis 1937/38 wird nämlich erst dadurch verständlich, daß in diesen Jahren das Reichserziehungsministerium als Nachfolgerin des Preußischen Kultusministeriums verschiedene Pläne entwarf und verworf, um die außeruniversitäre Forschung Deutschlands neu zu organisieren. Über diese Vorgänge gibt es kaum Literatur: wir haben weder eine Geschichte des Reichserziehungsministeriums noch der Planungen der Reichsakademie der Forschung (1933/34), der Gründungen des ersten Reichsforschungsrats (1937) und der Reichsakademie der deutschen Wissenschaft (1940), geschweige denn der Etablierung des zweiten Reichsforschungsrats im Geschäftsbereich Himmlers (1942).<sup>8</sup> Deutlich ist nur, daß erst nach der Konstituierung des ersten Reichsforschungsrates 1937 die Preußische Akademie Objekt ministerieller Politik wurde.

<sup>7</sup> Lösch, *Der nackte Geist*, S. 358, die Korrespondenz zwischen Vahlen und Franz Bachér paraphrasierend.

<sup>8</sup> Eine erste Darstellung dieser Zusammenhänge im Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

## Personalpolitik: „Arisierung“

Ein vergleichender Blick auf die Universitätsgeschichte zeigt, daß 1933 die Ausführungsbestimmungen und praktischen Umsetzungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das die Entfernung der – wenigen – „linkslastigen“ und der – zahlreichen – „nichtarischen“ Universitätsangehörigen aus dem Staatsdienst vorschrieb, in Berlin zu einem deutlichen personellen Austausch in den meisten Fakultäten führte.<sup>9</sup> Auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft folgte den neuen Regeln: juristisch als „eingetragener Verein“ vom Gesetz zwar nicht betroffen, hing die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aber etwa zur Hälfte von staatlicher Finanzierung ab, war daher fügsam und sortierte ihre „Nichtarier“ aus: Nicht nur Fritz Haber, seit 1911 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie und seit 1914 Ordentliches Mitglied der Akademie, wurde verdrängt – er starb 1934 im Schweizer Exil<sup>10</sup> –, auch die Gärtnerin am Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg, Fanny DuBois-Reymond, eine Enkelin des „Reichskanzlers der Physik“ und langjährigen Sekretars der Akademie Emil DuBois-Reymond, wurde – trotz Intervention Plancks als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – im Frühjahr 1934 entlassen.<sup>11</sup>

Dagegen verlor die Akademie 1933 lediglich ein Mitglied: Albert Einstein, der 1932 mit dem Ministerium vereinbart hatte, halbjährlich zwischen Berlin und dem California Institute of Technology zu pendeln, war auf der Rückreise nach Europa. Er traf Ende März 1933 in Brüssel ein und trat dort aus Protest gegen die „in Deutschland gegenwärtig herrschenden Zustände“, wie er in seinem der Botschaft übergebenen Briefschrieb, aus der Akademie aus. Er kam damit, was ihm allerdings nicht bekannt war, einer vom Ministerium angeregten Überprüfung seiner Mitgliedschaft zuvor, die wohl auf einen Ausschluß hinausgelaufen wäre.<sup>12</sup>

Trotz der Aufregung um den publikumswirksamen Austritt Einsteins hatte dieser Schritt eines prominenten Juden und Pazifisten für die anderen „Nichtarier“ in der Akademie keine Konsequenzen. Wenig später – 1935/36 – war es wiederum die Universität, die tätig wurde: Die „Nichtarier“, die bereits vor 1914 verbeamtet waren oder denen als Kriegsteilnehmer (oder als diesen gleichgestellte Freikorpskämpfer) 1933 die Lehrbefugnis nicht entzogen worden waren, wurden 1935 aus der Universität entfernt.<sup>13</sup> So wurde auch dem

<sup>9</sup> Vgl. Hubenstorf/Walther, „Politische Bedingungen und allgemeine Veränderungen“. Auch für andere Universitäten sind diese Verdrängungsprozesse untersucht worden, so z. B. für Hamburg: Bottin, *Enge Zeit*. Während es über die entlassenen, vertriebenen und ermordeten Universitätsangehörigen einen inzwischen beachtlichen Forschungsstand gibt, fehlen nach wie vor universitätsbezogene Studien über die 1933ff. „Nachgerückten“.

<sup>10</sup> Zu Haber, dessen von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1935 ausgerichtete Gedenkfeier das Reichserziehungsministerium allen Universitätsangehörigen zu besuchen verbot, vgl. Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*.

<sup>11</sup> Vgl. Macrakis, *Surviving the Swastika*, S. 62f.

<sup>12</sup> Vgl. Renn/Castagnetti/Damerow, „Albert Einstein“, S. 349–351.

<sup>13</sup> Zum juristischen Regelwerk der „Arisierung“ der Wissenschaften vgl. Fischer, *Exodus*.

nahezu blinden, weltbekannten Ägyptologen Adolf Erman (geb. 1854), Mitglied der Akademie seit 1895 und seit 1920 an der Universität emeritiert, die Lehrbefugnis entzogen, und zwar wegen eines jüdischen Großelternteils! Erman, Sproß einer seit Generationen mit der Akademie verbundenen Huguenottenfamilie, hatte Ende der zwanziger Jahre in seinen Memoiren geschrieben: „Unter meinen Vorfahren sind drei Franzosen und ein Jude. [...] So bekenne ich mich denn auch mit Freude zu meinen französischen und jüdischen Vorfahren.“<sup>14</sup> Dieser veröffentlichte Familienstolz war nun gänzlich inopportun und entsprach so gar nicht den verlangten „Ariernachweisen“. Im Falle Erman revidierte das Ministerium allerdings nach dem Protest der Fakultät seinen Beschluß.<sup>15</sup> Ähnliche Voruntersuchungen liefen auch gegen den Germanisten Konrad Burdach, wie einige Unterlagen in den Personalakten der Akademie belegen.<sup>16</sup> Diese Aktionen verliefen aber eher hinter den Kulissen und drangen nicht allzu weit in die wissenschaftliche Öffentlichkeit, und sie betrafen in erster Linie den Status von Universitätsangehörigen. In diesem Zusammenhang ist auch die 1935 erfolgte Strafversetzung des Chemikers Wilhelm Schlenk nach Tübingen, einer seit dem Ersten Weltkrieg im Niedergang befindlichen Provinzuniversität, zu sehen.<sup>17</sup> Schlenk war seit 1922 Ordentliches Mitglied der Akademie und wurde nun satzungsgemäß auswärtiges Mitglied.

In einem Zirkular der Akademie „betr. Weierstrass-Ausgabe“ vom März 1938 wunderte sich der Mathematiker Ludwig Bieberbach<sup>18</sup>, „daß Juden noch den akademischen Kommissionen angehören“, Vahlen „beantragte Änderung“, und Planck fügte hinzu: „Ich werde die Angelegenheit erledigen.“ Erhard Schmidt hatte lediglich ein lapidares „Gesehen“ vermerkt – ebenso wie Issai Schur, der am 6. April aus der Kommission zur Ausgabe der Werke von Weierstrass austrat.<sup>19</sup> Im gleichen Jahr, und zwar schon vor dem Novemberpogrom,

<sup>14</sup> Adolf Erman, *Mein Werden und Wirken*. Erinnerungen eines alten Gelehrten, Leipzig 1929, S. 42.

<sup>15</sup> UA, HU Berlin, Personalakte „Erman, Adolf“.

<sup>16</sup> Vgl. Burdach fiel laut Sekretar Lüders Ende Juli 1933 „zweifelsfrei [unter] § 3, Abs. 2“ – war als „Nichtarier“, der vor 1914 verbeamtet worden war, also nicht zu entlassen –, doch konnte Burdach am 6. Oktober 1933 einen „erst jetzt ermittelten Tauschein [...] für meine Großmutter mütterlicher Seite“ vorlegen. AAW Berlin, II-III-43, Bl. 165 und 167. Mit Dank an Frau Agnes Ziegengest, Berlin, für den Hinweis.

<sup>17</sup> Grundlage war das „Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlaß des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens“ vom 21. Januar 1935, das die Struktur- und Personalhoheit der Hochschulen allein dem Ministerium überantwortete. Tübingen reüssierte erst Mitte der vierziger Jahre durch die die Verlagerung mehrerer KWI ins Schwäbische (seit 1943), durch die Verlegung der „Reichsuniversität Strassburg“ nach Tübingen (1944) sowie – nach einer umstrittenen Entnazifizierungspolitik – durch zahlreiche Berufungen, darunter etlicher Berliner wie den Akademiemitgliedern Alfred Kühn (Biologe, Direktor des aus Berlin verlagerten Kaiser-Wilhelm- bzw. Max-Planck-Instituts für Biologie), Eduard Spranger (Philosoph und Pädagoge) und Ernst Gamillscheg (Romanist).

<sup>18</sup> Bieberbach war erst am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden (Mitgliedsnummer 3 934 006), war aber als Dekan an der Universität dadurch aufgefallen, daß er in SA-Uniform auftrat.

<sup>19</sup> Schur, seit 1919 Ordinarius, war 1935 an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin emeritiert worden. Seit 1921 war er OM der PAW. 1928 hatte er mit seinem Kollegen Bieberbach, 1921 Ordinarius, 1924 OM, eine gemeinsame Arbeit in den Sitzungsberichten der PAW veröffentlicht. Bieberbach und Schur, „Über die Minkowskische Reduktionstheorie der positiven quadratischen Formen“, in: SB der PAW

wurde die „Nichtarierfrage“ zum Thema: zu diesem Zeitpunkt war im Reichserziehungsministerium beschlossen worden, der Akademie, die in eine Reichsakademie zu entwickeln wieder einmal zur Diskussion stand, ihre personellen und strukturellen Vorstellungen aufzudrängen. Das Ministerium forderte schließlich Anfang Oktober 1938 die Akademie auf, ihr Statut „entsprechend den Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der deutschen Gegenwart beruht“, zu ändern. Die Akademie beauftragte Heymann, einen neuen Satzungsentwurf vorzulegen und bildete eine Satzungsänderungs-Kommission. Während ihr anfangs nur die vier Sekretare und zwei weitere Mitglieder aus jeder Klasse (Otto Franke und Hans Lietzmann aus der Philosophisch-historischen, Erhard Schmidt und Fritz von Wettstein aus der Physikalisch-mathematischen Klasse) angehörten, wurde die Kommission schließlich Anfang Dezember um Vahlen, Bieberbach, Grapow, Kraft und Koschaker erweitert. Die Mitglieder der künftigen Akademieleitung – Vahlen, Heymann, Grapow und Bieberbach – waren also bereits Mitglieder in der Statutenkommission.<sup>20</sup>

Das Plenum der Akademie beschloß gemäß den ministeriellen Vorgaben eine neue, partiell auf das Führerprinzip zugeschnittene Satzung, die 1939, „im siebenten Jahr des Dritten Reiches“, von Minister Rust bestätigt wurde. Für die ordentliche Mitgliedschaft wurde die Reichsbürgerschaft Voraussetzung, was nichts anderes bedeutete, als daß nur nicht-jüdische Inländer bzw. Ausländer „artverwandten Blutes“ Mitglieder sein durften. Statt der vier gleichberechtigten Sekretare, die sich im Viermonatsrhythmus im Vorsitz der Akademie abgewechselt hatten, waren ein Präsident, ein Vizepräsident, und nur noch zwei Sekretare, vorgesehen. Die Kandidaten für diese Ämter hatte die Akademie nun dem Minister zur Ernennung vorzuschlagen, was allerdings lediglich eine sprachliche Ausrichtung an das „Führerprinzip“ bedeutete, denn auch nach dem alten Statut stand es im Belieben des Ministeriums, die gewählten Sekretare zu bestätigen.<sup>21</sup>

Während der Vorbereitungen für diese Satzungsänderung sollten die „nichtarischen“ Ordentlichen Mitglieder aus der Akademie entfernt werden. Minister Rust ließ die Akademieleitung wissen: „Ich würde es daher begrüßen, wenn den wenigen nichtarischen Mitgliedern in geeigneter Form nahegelegt werden würde, ihre ordentliche Mitgliedschaft niederzulegen.“<sup>22</sup> Der Vorsitzende Sekretar, Max Planck, widersetzte sich der Rustschen

1928, Physik.-math. Kl., S. 510–535. Zu Bieberbachs Denunziation vgl. Siegmund-Schultze, *Mathematiker auf der Flucht*, S. 69f. Bieberbach war bereits 1936 durch eine Denunziation anlässlich eines Habilitationsverfahrens aufgefallen, vgl. ebd., S. 68.

<sup>20</sup> Eine genaue Darstellung dieser Vorgänge bei Grau, *Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, S. 239–244.

<sup>21</sup> Nach dem neuen Statut durften pro Klasse bis zu zwölf „auswärtige Ordentliche Mitglieder“ gewählt werden. Das neue Statut ist abgedruckt im Jb. der PAW 1939, die veränderten Geschäftsordnungen in den Jb. der PAW 1940 bzw. 1941. Die Vorsitzenden der Klassen hießen traditionell Sekretare.

<sup>22</sup> Der Erlaß ist abgedruckt in: Hartkopf/Wängermann, *Dokumente*, S. 438f. Rust war seit 1933 Preußischer Kultusminister, seit 1934 Reichs- und Preußischer Minister, seit 1938 nur noch Reichsminister. Von den preußischen Fachministerien existierte nach 1934 (bis 1944) nur noch das Finanzministerium, alle anderen wurden mit den Reichsministerien zusammengelegt.

Bitte nicht, er wich auch nicht aus, sondern setzte seine davon betroffenen Kollegen in einem privaten Schreiben von dem Wunsch des Ministers in Kenntnis.<sup>23</sup> Das Ergebnis war vorherzusehen: Der Kunsthistoriker Adolf Goldschmidt, der Klassische Philologe Eduard Norden und der Mathematiker Issai Schur traten Mitte Oktober aus der Akademie aus.<sup>24</sup> Insofern hatte Grapow 1945 recht, als er betonte, daß die Akademie „auch ihre eigenen drei jüdischen ordentlichen Mitglieder im Jahre 1938 auf ministerielle Anforderung hin nicht ausgeschlossen“ hatte.<sup>25</sup> Der Leningrader Physiker Abram Fedorowitsch Joffé, seit 1928 Korrespondierendes Mitglied, verzichtete nach Kenntnisnahme dieses Vorgangs auf seine Mitgliedschaft, der einzige zu vermeldende Austritt aus Protest.<sup>26</sup>

Im nächsten Monat schaltete sich das Ministerium erneut ein und verlangte nun die Ausschaltung der in Deutschland lebenden „Mischlinge und jüdisch Versippten“.<sup>27</sup> Planck verschickte daraufhin Fragebögen „an sämtliche reichsangehörige ordentliche, auswärtige, korrespondierende und Ehrenmitglieder“:

„Hochverehrter Herr Kollege!

In dem Min.Erlass vom 22. 11. 38 (WN 2604a), den ich in der Gesamtsitzung der Akademie vom 1. 12. 38 vorgelegt habe, finden sich folgende Absätze.

„Den heutigen weltanschaulichen Grundsätzen entspricht es auch, dass Mischlinge und jüdisch versippte Mitglieder aus der Akademie ausscheiden. Ihnen gegenüber ist daher ebenso zu verfahren, wie gegenüber jüdischen Mitgliedern. Eine Ausnahme für einzelne von ihnen erscheint mir nicht angebracht.“ –

„Sollten die jüdischen korrespondierenden oder Ehrenmitglieder, soweit sie Reichsangehörige sind, ebenso die Mischlinge und jüdisch versippten Mitglieder sich der Anregung gegenüber, ihre Mitgliedschaft von sich aus niederzulegen, ablehnend verhalten, so ersuche ich mir zu berichten, damit ich in diesen Fällen auf Grund des mir satzungsmässig einzuräumenden Rechtes, die von mir erteilte Bestätigung zu widerrufen, die Mitgliedschaft widerrufen werden kann.“

Die Durchführung vorstehender Bestimmungen legt mir die Pflicht auf, an Sie, wie an alle reichsangehörigen ordentlichen, auswärtigen, korrespondierenden und Ehrenmitglie-

<sup>23</sup> Plancks Schreiben – durch Eilboten und vertraulich – vom 10. Oktober 1938 an Goldschmidt, Norden und Schur als Entwurf in: AAW Berlin, II-III-46, Bl. 97, sein „Dank der Akademie für Ihre langjährige wertvolle Mitarbeit“ in: ebd., Bl. 101. Zu Plancks Staatsnähe und Pflichtempfinden, aber auch seiner „seltsamen Mischung von regime-feindlichen Defätismus in regime-naher, beklemmender Sprache“: Stern, „Max Planck“, S. 61.

<sup>24</sup> Goldtschmidt und Norden gelang es, in die Schweiz zu emigrieren; Schur ging nach Palästina, vgl. Vogt, „Issai Schur“.

<sup>25</sup> AAW Berlin, AKL, Akademie (allg.), Neubeginn ..., 660: Protokoll der a.o. Gesamtsitzung vom 6. Juni 1945; Undatierte Abschrift/Auszug des Schreibens an das Amt Wissenschaft im ehemaligen Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 4. Juni 1945.

<sup>26</sup> Joffé nahm 1956 die korrespondierende Mitgliedschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wieder an.

<sup>27</sup> Erlaß des Ministeriums vom 22. November 1938, abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 441f.

der der Akademie in gleicher Weise die Anfrage zu richten, ob und inwieweit diese Bestimmung auf Sie Anwendung findet, und Sie zu bitten, gegebenenfalls mir Ihre Entschliessung mitzuteilen.

Der Einfachheit halber stelle ich ergebenst anheim, den beiliegenden Fragebogen auszufüllen und auf ihm Ihre etwaige Erklärung zu vermerken.

Der Vorsitzende Sekretar

Planck<sup>28</sup>

Der Fragebogen hatte folgenden Text:

„Sind Sie jüdischer Mischling?      Ja      Nein

Sind Sie jüdisch versippt?      Ja      Nein

Nichtzutreffendes ist durchzustreichen

(Als jüdischer Mischling gilt, wer einen oder mehrere volljüdische Grosselternteile besitzt.

Als jüdisch versippt gilt derjenige, dessen Ehefrau Jüdin oder jüdischer Mischling ist.)

Unterschrift:<sup>29</sup>

Zwei Ordentliche Mitglieder, der „Mischling“ Max Sering, Nationalökonom, und der „jüdisch versippte“ Historiker Otto Hintze traten aus. Planck reagierte auf die Austrittsschreiben: „Ich darf Ihnen zugleich mit meinem persönlichen schmerzlichen Bedauern die Anerkennung und den Dank der Akademie für Ihre langjährige wertvolle Mitarbeit zum Ausdruck bringen.“<sup>30</sup> Der 1935 in Kiel zwangsemeritierte klassische Philologe Felix Jacoby legte seine korrespondierende Mitgliedschaft nieder, ebenso der Wiener Pharmakologe Hans Horst Meyer.<sup>31</sup> Auch die letzten „nichtarischen“ Mitarbeiter der Akademie oder von ihr betriebener Projekte verloren ihre Arbeitsaufträge, was unter anderem das Ende der Edition der Acta Borussica bedeutete.<sup>32</sup> Im Jahrbuch der Akademie hieß es dazu: „Staatsarchivar Dr. Ernst Posner, dem wir die meisterhafte Bearbeitung von fünf Bänden verdanken, [ist] von seinen Aufgaben zurückgetreten“<sup>33</sup> – das bedeutete, ziemlich knapp aus Deutschland über Schweden in die USA entkommen.<sup>34</sup> Daß einer der intensiven Betreiber der

<sup>28</sup> AAW Berlin, II-III-46, Bl. 69.

<sup>29</sup> AAW Berlin, II-III-46, Bl. 106: Der von Otto Hintze am 2. Dezember 1938 ausgefüllte Fragebogen mit seinem Zusatz: „Selbstverständlich lege ich meine Mitgliedschaft bei der Preuß[ischen] Akademie der Wissenschaften nieder.“ Den Fragebogen hatte Planck eigenhändig entworfen II-III-113, Bl. 16.

<sup>30</sup> AAW Berlin, II-III-46, Bl. 107: Planck an Hintze, 8. Dezember 1938.

<sup>31</sup> Bei Meyer bestand jedoch Unsicherheit bezüglich des Grades seiner „Nichtarischkeit“, so daß sein Austritt vorerst ungeklärt blieb. Meyer starb am 6. Oktober 1939 in Wien; der „Leiter der Reichsstelle für Sippenforschung“ stellte in seinem Gutachten vom 27. Oktober 1939 fest, daß Meyer „jüdischer Mischling mit zwei der Rasse nach volljüdischen Großelternteilen“ sei. AAW Berlin, II-III-113, Bl. 61–63.

<sup>32</sup> Zum (vorläufigen) Ende der Acta Borussica: Neugebauer, „Zur preußischen Geschichtswissenschaft“.

<sup>33</sup> Bericht Oncken über die Preußische Kommission, in: Jb. der PAW 1939, S. 55.

<sup>34</sup> Posner geht in seiner Darstellung im Nachlaß in den National Archives and Record Service, Washington, D.C., auf die Umstände seiner Entlassung nicht ein.

Nazifizierung der Akademie, der Jurist Ernst Heymann, die Akademieverwaltung dazu brachte, seinem ehemaligen, langjährigen Mitarbeiter Paul Abraham, seit 1938/39 Paul Israel Abraham, den Abkauf seiner Handbibliothek anzubieten und dadurch Abrahams prekäre finanzielle Situation aufzubessern, zeigt wiederum, daß auch aktive Antisemiten in einigen Fällen bestimmen möchten, „wer Jude ist“. Heymanns Intervention blieb jedoch ergebnislos.<sup>35</sup>

Die meisten außerhalb Deutschlands lebenden „nichtarischen“ Mitglieder wurden bis November 1942 meist durch Beschluß des Plenums, mitunter auch durch Entscheid des Präsidenten gestrichen: von den vormaligen Ordentlichen, jetzt Auswärtigen am 13. Juli 1939 Richard Willstätter<sup>36</sup>, von den Korrespondierenden am 27. November 1941 der römische Mathematiker Tullio Levi-Civita<sup>37</sup> und am 19. November 1942 Max Born<sup>38</sup>, vormalig Göttingen, jetzt Edinburgh, und James Franck<sup>39</sup>, Göttingen – Chicago.<sup>40</sup>

Aus politischen Gründen wurde am 11. Juni 1940 Erwin Schrödinger, der Nachfolger Plancks auf dem Berliner Lehrstuhl gestrichen.<sup>41</sup> Er hatte sich zuerst beurlauben, dann 1935 emeritieren lassen und 1937 einen Ruf nach Graz angenommen. Gegen die Absicht der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, ihm 1937 die Max-Planck-Medaille zu verleihen, bestanden „kein[e] Bedenken“. Nach dem „Anschluß“ Österreichs wurde ihm jedoch sein Weggang aus Berlin als politischer Affront vorgehalten, und er wurde nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 – also aus politischen Gründen – entlassen. Schrödinger ging über Belgien nach Dublin ans Institute for Advanced Study. Daß seine Personalakte unter dem Datum 19. September 1940 mit dem Vermerk „Rückkehr nach Deutschland unterstützen“ schließt, zählt zu den Ungereimtheiten der Geschichte und der Undurchsichtigkeit von Schrödingers Verhalten.<sup>42</sup>

<sup>35</sup> Vgl. den Beitrag von Jens Thiel in diesem Band.

<sup>36</sup> Willstätter starb 1942 im Schweizer Exil in Locarno.

<sup>37</sup> Levi-Civita starb im Dezember 1941 in Rom.

<sup>38</sup> Born wurde ab 1946 wieder als OM geführt, seine Mitgliedschaft 1969 in eine AM verwandelt. Er starb 1970 in Göttingen.

<sup>39</sup> Franck wurde seit dem Sommer 1946 wieder als KM geführt, trat aber am 26. Januar 1951 aus der DAW aus.

<sup>40</sup> Nach einem Erlaß des Ministers vom 23. April 1941 sollten Entscheidungen über den Ausschluß „amerikanischer Korrespondierender Mitglieder erst nach dem Krieg erfolgen“. Da aber die Göttinger Akademie anhand der Universitäts-Personalakten eindeutig feststellen konnte, daß Born und Frank jüdischer Religionszugehörigkeit waren, schlug Bieberbach vor: „Wenn, wie die Göttinger Mitteilung vermuten läßt, einwandfrei feststeht, dass Born und Franck Juden sind, müssen beide gestrichen werden; die vielleicht vorhandene amerikanische Staatsangehörigkeit braucht ja gerade im Krieg kein Hindernis mehr zu sein.“ Stellungnahme Bieberbachs vom 22. August 1942 auf eine Anfrage Scheels, der den „Fall“ geklärt wissen wollte. AAW Berlin, II-III-113, Bl. 176f. Bieberbach vermutete Born fälschlicherweise in den USA.

<sup>41</sup> Vgl. Dieter Hoffmann, *Erwin Schrödinger*.

<sup>42</sup> BA Berlin, BDC, Kasten „REM, RFR, Deutsche Akademie“, Sch 248: Personalakte Schrödinger, Erwin. Schrödingers Ausschluß – wie auch alle anderen Ausschlüsse – wurde im Februar 1946 auf Beschluß des Plenums der Akademie, damals: Akademie der Wissenschaften zu Berlin, für ungültig erklärt. Seit dem 14. Februar 1950 wurde er wieder als OM geführt; er starb 1961 in Wien.

Gemäß einem Erlaß des Ministers vom April 1941 wurde die Streichung bzw. der Ausschluß amerikanischer Akademiemitglieder für die Zeit nach dem Krieg vertagt. So blieb der „arische“ Klassische Philologe Werner Jaeger, der – hauptsächlich um seiner jüdischen Frau willen – 1936 einen Ruf an die Universität in Chicago angenommen hatte, weiter Mitglied der Akademie. Seine Mitgliedschaft wurde statutengemäß in eine auswärtige umgewandelt und blieb erhalten. Ein schwierigerer Fall war der New Yorker Anthropologe Franz Boas. Er stammte aus Minden in Westfalen, war 1886 Privatdozent in Berlin geworden, aber als ungetaufter Jude im preußischen Hochschulsystem ohne Karrierechancen. So ging er in die USA und beschloß seine akademische Karriere an der Columbia University in New York. Er hatte nach dem Ersten Weltkrieg Hilfsfonds organisiert, die es zumindest einigen der inflationsgebeutelten deutschen Bibliotheken ermöglichte, weiterhin ausländische Zeitschriften zu beziehen, und war 1920 zum Korrespondierenden Mitglied gewählt worden. Nach 1933 unterstützte er Hilfsfonds, um aus Deutschland vertriebene Wissenschaftler unterzubringen. Im Sommer 1938 befaßte sich das Plenum mit den „in den nächsten Wochen fälligen [...] Glückwunschartikeln und -schreiben“ für Mitglieder jeder Art. Festgelegt wurde, wer die Schreiben entwerfen sollte: „Über die Absendung eines Glückwunschartikels zum 80. Geburtstag des Hr. Boas (New York), zu deren Abfassung Hr. Penck sich bereit erklärte, wird sich das Sekretariat noch schlüssig werden.“<sup>43</sup> Ein 1938 vom Ministerium „wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes“ beantragter und vom alten Sekretariat unterstützter Ausschlußantrag wurde zwar im Plenum einstimmig angenommen, aber erst nach einer Intervention von Laues, der erfolgreich darauf beharrte, daß erst die Echtheit des Boasschen Briefes mit der angeblich beleidigenden Formulierung festzustellen sei. „Diese Feststellung wird dem Sekretariat überlassen.“ Damit wurde die Angelegenheit faktisch vertagt – und nie wieder verhandelt.<sup>44</sup> Allerdings wurde Boas seit 1939 nicht mehr im veröffentlichten Mitgliederverzeichnis im *Preußischen Staatshandbuch* und im neu eingeführten Jahrbuch der Akademie geführt, existierte daher für die allgemeine Öffentlichkeit nicht mehr als Akademiemitglied.<sup>45</sup>

Der 1940 vom Akademiepräsidenten Vahlen verfügte Ausschluß des vormaligen Warschauer Altphilologen Tadeusz Zielinski, der seit kurzem im Oberbayerischen lebte, wurde nach Protesten aus der Akademie und mit Zustimmung des Ministeriums 1941 zurückgenommen.<sup>46</sup> Auch mußte Vahlen seine Entscheidung, den Techniker Karl Willy Wagner aus

<sup>43</sup> AAW Berlin, II-III-46, Bl. 85: Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung vom 2. Juni 1938.

<sup>44</sup> AAW Berlin, II-V-104, Bl. 147: Protokoll Plenum, 15. Dezember 1938. Es gehört zu den Stärken der Geschäftsordnung der Akademie, daß „vertagte“ Tagungsordnungspunkte ohne neuen Termin vertagt werden konnten.

<sup>45</sup> Boas starb 1942.

<sup>46</sup> AAW Berlin, II-III-113. Zielinski war – wohl im Frühjahr 1940 – in einer Absprache zwischen Vahlen oder Scheel mit Ministerialrat Frey „gestrichen“ worden. Im Juni 1940 setzten sich Max Vasmer und Johannes Stroux für eine Revidierung dieser Entscheidung ein. Frey stellt daraufhin klar: „[...] grundsätzlich können Polen nicht Mitglieder deutscher Akademien sein“, da Zielinskis Sohn jedoch seit 1920 in Deutschland wohne und 1935 eingebürgert worden sei, wäre Zielinski einem Angehörigen der „Gruppe 3 der Volksliste“ gleichzustellen – also eindeutschungsfähig. Zudem sei Zielinski der Umzug aus Warschau zu seinem

der Akademie auszuschließen, zurücknehmen. Wagner, der Pg. war, hatte seine vormalige Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge in einem Fragebogen „unterschlagen“ und sollte daher im Parteigericht aus der NSDAP ausgeschlossen werden. Man einigte sich dort aber friedlich, Wagner trat aus der Partei aus und blieb in der Akademie.<sup>47</sup> Die impulsiven Maßnahmen des Akademiepräsidenten waren also nicht normativ, organisierte Kollegialität oder Beharren auf der Geschäftsordnung zeigten in diesen Fällen ihre Wirkung. 1938 wurde in den oben genannten Fällen diese Form der Kollegialität aber erst gar nicht mobilisiert, sondern die Akademie erfüllte die antisemitischen Vorgaben aus dem Ministerium, wenn auch mitunter wie durch Planck indirekt. So stellt sich die Frage, warum und mit welcher Selbstverständlichkeit die neuen Normen durchgesetzt, akzeptiert und praktiziert wurden und als sozial verbindlich empfunden wurden. Denn gegenüber den „Nichtariern“ wurden sämtliche Regeln der akademischen Kollegialität, die den Kern der Soziabilität der Akademie bildeten, außer Kraft gesetzt.

### Personalpolitik: Nazifizierung

Die Personalentwicklung in der Akademie war in den Jahren nach 1933 durchaus nicht einheitlich ausgerichtet und steuerte vorerst nicht erkennbar auf eine „Machtübernahme“ durch nationalsozialistisch gebundene Wissenschaftler hin: 1933 wurden der Geologe Hans Stille, der Präsident des Reichsarchivs Hans von Haefen und der Nationalökonom Werner Sombart in die Akademie aufgenommen; 1934 wählte die Akademie den Physikochemiker Max Volmer von der Charlottenburger Technischen Hochschule zum Ordentlichen Mitglied; das Ministerium verweigerte jedoch die Bestätigung, während Max Hartmann, Abteilungsleiter im Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie, der Pathologe Robert Rössle, der Geograph Norbert Krebs und der Philosoph Nicolai Hartmann bestätigt wurden.<sup>48</sup> Alle Gewählten waren nach wie vor aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistung, Reputation und/oder Funktion akademiewürdig. Das Ministerium sperrte sich lediglich gegen Volmer, 1938 gegen den Volkskundler Adolf Spamer und 1944 gegen den Leipziger Slawisten Reinhold Trautmann, der zum Korrespondierenden Mitglied gewählt worden war.<sup>49</sup> In allen Fällen bestanden im Ministerium politische Bedenken.

Sohn 1940 gebilligt worden. Es bestünden also keinerlei Bedenken, die Streichung rückgängig zu machen. Einen entsprechenden Erlaß des Ministers gab Vahlen am 24. April 1941 vor dem Plenum bekannt. AAW Berlin, II-III-113, Bl. 91–116. Zielinski starb 1944 in Oberbayern.

<sup>47</sup> BA Berlin, BDC-Akte „Wagner, Karl Willy“.

<sup>48</sup> Das Ministerium begründete Volmers Nicht-Bestätigung damit, daß er nicht die Repräsentanz der deutschen Wissenschaft nach außen gewähre. Volmer galt politisch als „links“. Zwei seiner Schüler, Erhard Tohmfor und Hansheinrich Kummerow sowie dessen Ehefrau, hatten „klarer als viele ihrer Mitstreiter erkannt, daß eine konsequente Gegnerschaft gegen den Hitlerfaschismus die rückhaltlose Unterstützung der Sowjetunion verlangte“ – d. h., sie waren in kommunistischen Widerstandsgruppen organisiert und an sowjetischer Industriespionage beteiligt. Alle drei wurden hingerichtet. Vgl. Laitko, *Wissenschaft in Berlin*, S. 589.

<sup>49</sup> Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 196, 269, 278.

Ministerielle Eingriffe zwischen 1933 und 1937 blieben also sporadisch: 1933 hatte das Ministerium die Akademie aufgefordert, Johannes Stark zum Ordentlichen Mitglied zu wählen. Stark war Vertreter der „Deutschen Physik“, die sich als seriösen Gegenspieler der „jüdischen Physik“ verstand und sich insbesondere gegen Albert Einstein und Erwin Schrödinger aussprach; zudem zeichnete sich Stark durch ungewöhnlich schroffe Umgangsformen aus. Er war 1933 entgegen dem Rat aller Experten zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt ernannt worden, ein Posten, der seit 50 Jahren die Mitgliedschaft in der Akademie nach sich gezogen hatte. Doch erwies sich das Einfallstor Physik in der Akademie für nationalsozialistische Wissenschaftler als uneinnehmbar. Zwar brachten Planck, der sich der ministeriellen Anregung nicht widersetzen wollte, Starks Vorgänger als Präsident der Reichsanstalt Friedrich Paschen und ein weiteres Mitglied einen Antrag auf Zuwahl Starks ein, doch stand offensichtlich keiner der Antragsteller hinter dem Antrag. So beschloß die Klasse nach einer langwierigen Diskussion die Vertagung der Angelegenheit, schließlich im Januar 1934 die Rücknahme des Wahlantrags. Die informelle Führungsgruppe um Planck, von Laue, den Geologen Hans Stille und den Indologen Lüders konnte Zumutungen wie Stark noch abwehren, war aber bereit, einige politisch opportune Korrespondierende und Ehren-Mitgliedschaften zuzugestehen. Die Reihe begann mit dem Schweizer Kriegsschuldforscher, d. h. die Unschuld des kaiserlichen Deutschland propagierenden, Herrmann Stegemann (1933 KM) und dem Anatom Otto Grosser von der Deutschen Universität Prag als Repräsentanten der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik (KM 1934), führte über die bulgarischen und ungarischen Kultusminister Bogdan Filow (EM 1938) und Valentin Hóman (EM 1939), denen sich vielleicht auch der italienische Erziehungsminister Giuseppe Bottai zugesellt hätte, wenn er nicht einen Berlinaufenthalt wegen „Einberufung zum Heeresdienst“ hätte absagen müssen.<sup>50</sup> Überhaupt spiegelt sich die Achse Rom-Berlin in der Zuwahl von mehreren italienischen Korrespondierenden Mitgliedern seit 1935, davon allein sechs in den Jahren 1938/39; unter ihnen befand sich auch der Senator des Königreichs Italien Pier Silverio Leicht, ein ehemaliger Unterstaatssekretär für Unterrichtsfragen im Kabinett Mussolinis.<sup>51</sup>

1935 bzw. 1937 wurden mit Karl Becker und Ludwig Prandtl zwei Wissenschaftler zu Ordentlichen Akademiemitgliedern gewählt, deren Forschung in erheblichem Maße militärorientiert war und daher weder akademie-intern noch generell öffentlich gemacht werden konnte. Hier kollidierte der Anspruch auf wissenschaftliche Kommunikation mit der staatlichen Geheimhaltungspraxis. Prandtl lehnte auch aus diesem Grunde die Wahl

<sup>50</sup> AAW Berlin, II-I-23, Bl. 34: REM an Präsident der Staatlichen Akademie der Wissenschaften, 20. Januar 1941.

<sup>51</sup> Zu den italienischen Korrespondenten zählen neben dem Rechtshistoriker Pier Silverio Leicht (Rom) der Germanist Arturo Farinelli (Turin), der Mathematiker Francesco Severi (Rom), der Romanist (und Altfaschist) Clemente Merlo (Pisa), der Elektrotechniker Luigi Lombardi (Rom), der Archäologe Roberto Paribeni (Mailand), der klassische Philologe Gino Funaioli (Bologna), der Elektrotechniker Giancarlo Vallauri (Turin), der Jurist Salvatore Riccobono (Rom) und der Archäologe Amadeo Maiuri (Neapel). Farinelli, Merlo und Severi waren Mitglieder der Accademia Reale d'Italia. Vgl. den Beitrag von Gabriele Turi in diesem Band.

zum Ordentlichen Mitglied ab und wurde als auswärtiges Mitglied eingestuft, und Becker zählte zu den schweigsameren Mitgliedern.<sup>52</sup>

Ein Zuwahlantrag scheiterte 1936 im Plenum, nämlich die Kandidatur des Medizinhistorikers Paul Diepgen. Die Abstimmung in der Philosophisch-historischen Klasse ergab 17 Ja- und lediglich eine Neinstimme, doch äußerten der Physiologe Wilhelm Trendelenburg und der Biologe Max Hartmann bei der Bekanntgabe der Kandidatur im Plenum Bedenken, woraufhin die Abstimmung verschoben wurde. Hier sprachen sich der Zoologe Richard Hesse und der Geograph Norbert Krebs gegen Diepgens Wahl aus, während der Sinologe Otto Franke, Heymann, der Chemiker Hofmann und Planck sich für ihn einsetzten. Die Wahl ergab „29 weiße und 8 schwarze Kugeln. Da die absolute Mehrheit 31 beträgt, ist die Wahl nicht zu Stande gekommen.“<sup>53</sup> Hier, wie so oft, lassen sich die Fraktionsbildungen nicht auf eingängige Motive zurückführen.

Bei der Wahl des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt (EM 1939) und des Gründungsrektors der Reichsuniversität Posen, des Veterinärmediziners Peter Carstens (KM 1941), dominierte eindeutig der politische Aspekt, zumal die Bestätigung der Wahl durch das Ministerium vor der dann erwartungsgemäß vollzogenen Wahl erfolgte. Andererseits wurden einige ausländische Korrespondierende Mitglieder vom Minister nicht bestätigt: der Baseler Altphilologe Peter von der Mühl 1936, der Geologe Pentti Eelis Eskola in Helsinki 1942 und der Geologe Gheorge Macovei in Bukarest 1944. Der Budapester Slawist János Melich wurde 1940, erst ein gutes Jahr nach der Wahl, bestätigt, weil dem Ministerium unklar war, ob er nun besonders deutschfreundlich oder -feindlich war.<sup>54</sup>

Die Situation änderte sich 1937: damals wurde, allerdings erst im zweiten Anlauf, im Juni, der bereits erwähnte Mathematiker Theodor Vahlen zum Ordentlichen Mitglied gewählt, was den Beginn der Ablösung der alten Führungsspitze und die Formierung einer neuen Akademieleitung ankündigte. Vahlen war mit dem Jahresende 1936 aus dem Reichserziehungsministerium ausgeschieden, wo die jungen Göttinger Physikochemiker Rudolf Mentzel und Erich Schumann Schritt für Schritt die Steuerung der Forschungspolitik übernahmen.<sup>55</sup> Vahlen wurde also kurz vor seinem 68. Geburtstag in die Akademie gewählt. Er stammte aus einer katholischen Gelehrtenfamilie und war der Sohn des Berliner Altphilologen Johannes Vahlen, eines Akademiemitgliedes seit 1874 bis zu seinem Tode 1911. Sein Bruder Ernst war Ordinarius für Pharmakologie an der Universität Halle-Wittenberg, Schwiegersohn des dort bis zu seinem Tode 1918 wirkenden Mathematikers und „Erfinders“ der Mengenlehre Moritz Cantor.<sup>56</sup> Theodor Vahlen, ein durchaus geschätzter

<sup>52</sup> Dazu in diesem Band der Beitrag von Burghard Ciesla.

<sup>53</sup> AAW Berlin, II-V-103, Bl. 242: Protokoll der Gesamtsitzung vom 10. Dezember 1936.

<sup>54</sup> Den Antrag hatte der dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstehende Slawist Max Vasmer gestellt, der nun versicherte, daß Melich „der ungarische Nationalsozialist“ sei. AAW Berlin, II-III-209, Bl. 11: Vasmer an Präsident der PAW, 18. Dezember 1939.

<sup>55</sup> Vgl. dazu Mehrrens, „Wissenschaftspolitik im NS-Staat“.

<sup>56</sup> Es ist ungeklärt, welchen Stellenwert für Theodor Vahle's Entwicklung der Umstand hat, daß sein Bruder Ernst mit einer „Nichtarierin“ verheiratet war – Moritz Cantor stammte aus St. Petersburg und war vom Judentum zum Christentum konvertiert.

Mathematiker zweiten Ranges, hatte allerdings eine wenig aufregende wissenschaftliche Karriere hinter sich, bis er aufgrund seiner politischen Aktivitäten in den Brennpunkt des öffentlichen Lebens trat.<sup>57</sup> Nach seiner Promotion in Berlin und Habilitation in Königsberg war er 1904 auf ein Extraordinariat nach Greifswald berufen worden und wurde dort 1911 Ordinarius. Seine Heirat mit der Tochter des damaligen Universitätskurators, des Leiters der staatlichen Verwaltung in der Universität, entsprach dem üblichen Muster in gelehrten Kreisen. Eine „vernichtende, allerdings auch zu einseitige Kritik“ einer Schrift Vahlen von einem Vertreter der tonangebenden Göttinger Schule scheint in Vahlen antisemitische Ressentiments geweckt oder bestärkt zu haben. „So scheint schließlich ein persönlicher, fachlicher Mißerfolg Vahlen für seine Anhängerschaft zur antisemitischen ‚Deutschen Mathematik‘ mitverantwortlich zu sein.“<sup>58</sup> Vahlen äußerte sich in seiner Antrittsrede in der Akademie folgendermaßen: „Auf der Universität überwogen die analytischen Fächer, meine Bestimmung für das Anschauungsmäßige trat erst nach beendetem Studium hervor. Meine ‚Abstrakte Geometrie‘ bezeichnet den Wandel, nach ihrer Vollendung zog es mich zu der natürlichen, konkreten Denkart unserer Rasse.“<sup>59</sup> Jedenfalls schwenkte er erst in seinem vierten Lebensjahrzehnt von der reinen Mathematik zur angewandten Mathematik, insbesondere der Nautik und Ballistik, einer eher an den Technischen Hochschulen favorisierten Subdisziplin der Mathematik.<sup>60</sup> Im Kriege war er Hauptmann, dann Batterieführer und Abteilungskommandeur, zuerst an der West-, ab 1916 an der Ostfront. Er wurde schwer verwundet. Seine Lehrtätigkeit als Mathematikprofessor kollidierte offenbar nicht mit seinen zunehmend rechtsradikalen politischen Auffassungen und Aktivitäten. Er war nach 1918 zuerst Mitglied der rechtskonservativen DNVP, trat aber am 9. November 1923 – dem Tag des gescheiterten Hitler-Putsches in München – aus und schloß sich der „Ersatzpartei für die verbotene NSDAP“ an.<sup>61</sup> 1923/24 war er Rektor der Universität, 1924/25 demzufolge Prorektor.

Vahlen war 1923 der „Großdeutschen Volkspartei“ beigetreten, und wurde 1924 deren „Gauleiter“ für Pommern. Mit der Integration der Großdeutschen Volkspartei in die NSDAP 1925 blieb Vahlen bis 1927 Gauleiter. Im August 1924 – Vahlen war damals kurzfristig vom Mai bis Dezember 1924 Mitglied des Reichstages – kam es zum Eklat<sup>62</sup>: Am 4. August, einem Montag, hatte das „Gewerkskartell“ [sic] und der „Internationale Bund

<sup>57</sup> Zu Vahlen nach wie vor grundlegend: Siegmund-Schulze, „Theodor Vahlen“.

<sup>58</sup> Ebd., S. 20f.

<sup>59</sup> SB der PAW 1938, S. XCVIII–XCIX, hier S. XCVIII. Die Begriffe „anschaulich“, „konkret“, „natürlich“ wurden von der „Deutschen Mathematik“ für „unsere rassische und völkische Art“ reklamiert; „nicht rassegemäße“ Mathematik war demzufolge „analytisch“.

<sup>60</sup> Angewandte Mathematik setzte sich erst in der nächsten Generation an den Universitäten durch. Insofern war Vahlen in seinem Alter bei seiner Spezialisierung in Greifswald der falsche Mann am falschen Ort, also in mehrerer Hinsicht Außenseiter.

<sup>61</sup> AAW Berlin, II-III-106: Lebenslauf Vahlen.

<sup>62</sup> Bei den Wahlen im Mai 1924 hatte die NSDAP-Liste 32 Sitze im Reichstag gewonnen, im Dezember nur noch 14.

für Kriegsoffer“ anlässlich des zehnten Jahrestages des Kriegsbeginns eine pazifistische Kundgebung im Großen Saal der Stadthalle ankündigt – mit dem Schriftsteller Henri Barbusse<sup>63</sup>. Die deutsch-französischen Beziehungen waren allerdings damals nach dem Krieg, dem Versailler Vertrag, der Rheinlandpolitik und Ruhrbesetzung auf einem Tiefpunkt, die Verweigerung jedes Kontakts nicht nur in konservativ-nationalistischen Kreisen die Regel. Die Greifswalder Polizei hatte die Veranstaltung auf „Drängen nationalistischer Kreise“ verboten, der vorgesetzte Regierungspräsident in Stralsund aber nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt, das die Deutschlandreise von Barbusse ausdrücklich unterstützte, wieder zugelassen. Die „nationalistischen Teilnehmer der Veranstaltung, die sich in einer Ecke des Saales geschlossen versammelt hatten, [...] begannen [obwohl statt Barbusse ein allgemein unbekannter Franzose auftrat] ein solches Schreien und Toben, daß sie durch die anwesenden Mannschaften der Schutzpolizei mit Gewalt aus dem Saal befördert werden mußten“. Dieser Polizeieinsatz gegen die nationalistischen „Tumultanten“ löste in der Stadt und Universität weitgehende Empörung aus: Die Stadtverordnetenversammlung forderte allen Ernstes die Eröffnung von Disziplinarverfahren mit dem Ziel der „Amtsentsetzung“ des Regierungspräsidenten und des Greifswalder Polizeidirektors und verlangte die Bestrafung der beteiligten Mannschaften der Schutzpolizei, ja sogar die Versetzung der Greifswalder Hundertschaft. In einer Protestveranstaltung gegen die Polizei, d. h. gegen die Behörden und Dienststellen des Freistaats Preußen mit seinem sozialdemokratisch geführten Staatsministerium trat auch Vahlen auf: „Alle Behörden [...] waren gegen uns. Auch unsere Warnung, es würde Blut fließen, blieb unbeachtet. [...] Wenn es den Behörden gleich ist, ob Blut fließt, so soll es auch uns gleich sein. Eine Schande für sämtliche Behörden ist der Franzosenmontag. [...] Lassen wir diesen Geist in uns stark werden, wappnen wir uns mit diesem Geist des unbeugsamen Widerstands und Kampfes gegen alles Faule, Schlappe, Feige, Niedrige und Gemeine, was heute leider allzu mächtig ist.“ Und er fuhr fort: „Der Franzosenmontag führt es uns vor Augen, wie der Wille der ganzen Bevölkerung mit Füßen getreten wird, wenn es den Behörden gefällt. Dieselbe Verfassung, die immer versagt, wenn es sich um Volkswillen handelt, sollten wir gestern feiern. Eine Feier soll wirklich stattgefunden haben, aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es feierten wohl nur die, die im \*\*\* November 1918 sich an die staatliche Futterkrippe herangepircht haben und die nun in Fritze Ebert ihr würdiges Staatsoberhaupt verehren.“

Tags zuvor, also am 11. August 1924, dem Verfassungstag, hatte Vahlen, der als Prorektor den abwesenden Rektor vertrat, die preußische und die Reichsflagge am Universitäts-hauptgebäude einholen lassen bzw. eigenhändig eingeholt – die eine schon um 11 Uhr vormittags, die andere erst um 2 Uhr nachmittags – und in seinem Amtsschrank verschlossen. In Haltung, Sprache und Symbolik war also an Vahlens radikaler Ablehnung der Republik nicht zu zweifeln.

<sup>63</sup> Henri Barbusse (1873–1935) war einer der damals bekanntesten französischen Schriftsteller mit pazifistisch-sozialistischen Neigungen. Das Folgende nach dem Bestand PA 270 im Universitätsarchiv Greifswald.

Am 26. August berichteten die „Vereinigung verfassungstreuer höherer Beamter, Lehrer und Akademiker“ und der „demokratische Verein für Greifswald und Umgebung“ Kultusminister Becker über die Vorfälle. Das Schreiben endet mit der Bitte, „gegen Herrn Professor Dr. Vahlen ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung einzuleiten, ihn baldigst vom Amte zu suspendieren, und die Untersuchung einem besonderen Kommissar des Herrn Minister zu übertragen.“ Zu den Unterzeichnern dieses Berichts zählten auch zwei Kollegen Vahlens, der Kunsthistoriker Max Semrau und der Jurist Fritz Klingmüller.<sup>64</sup>

Am 13. Dezember wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet und Vahlen mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Dienstes enthoben. Die Philosophische Fakultät stellte sich bereits am 20. Dezember einstimmig hinter Vahlen, sprach von einem „bedauerlichen Mißgriff“, den er als Prorektor getan haben mag, und bat den Minister, Vahlen wieder in sein Amt als Professor einzusetzen, die Suspendierung also auf das Amt des Prorektors zu beschränken. Der Rektor ließ den Dekan wissen, daß er sich über diese Entschließung sehr freue und hoffe, daß sie Erfolg habe, und fügte zynisch hinzu: „Zum mindesten wird sie für das vorgesetzte Ministerium ein erfreulicher Ausdruck der Solidarität der Fakultät in der Angelegenheit sein.“ Den Vermittlungsversuch von Ministerialrat Richter vom Kultusministerium – Beurlaubung statt Suspendierung – lehnt Vahlen im April 1925 ab, um dem dann doch im Juni zuzustimmen, so daß der Minister Anfang August die Suspension aufhob und Vahlen „bis auf weiteres beurlaubt[e]“.

Der Disziplinarhof für die nichttrichterlichen Beamten entschied schließlich am 8. Februar 1926, Vahlen unter „Rückversetzung um 2 Stufen seiner Besoldungsgruppe“ in ein anderes „Amt vom gleichem Range“ zu versetzen. Gegen dieses Urteil legte der Kultusminister Berufung ein, und die nächsthöhere und letzte Instanz, das preußische Staatsministerium, beschloß daufhin im Februar 1926: „Das Urteil des Disziplinarhofes [...] wird dahin abgeändert: Der Angeschuldigte wird zur Dienstentlassung verurteilt und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.“

Am 15. März 1927 wurde Vahlen aus dem preußischen Staatsdienst entlassen. Zwar setzten sich „die Gesamtheit der Professoren und Dozenten“ beim Minister dafür ein, Vahlen auf dem Gnadenwege ein angemessenes Ruhegehalt zu bewilligen, doch wies Richter den Rektor darauf hin, daß Vahlen schon selbst ein derartiges Gesuch „durch die Hand des Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ beim Staatsministerium einreichen müsse. Vahlens dementsprechender Antrag vom August wurde jedoch vom Staatsministerium im November abgelehnt.<sup>65</sup> Während Minister Becker sich für die Gewährung einer Pension ausgesprochen hatte, setzte sich Ministerpräsident Braun mit seiner ablehnenden Haltung durch.

<sup>64</sup> Klingmüller wurde 1933 nach § 6 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ „zum Zwecke der Vereinfachung der Verwaltung“ in den Ruhestand versetzt.

<sup>65</sup> UAG, PA 270: Preuß. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Vahlen, 21. November 1927. Abschrift an den Rektor durch den Herrn Universitätskurator.

Während einer Landtagsdebatte über die Flaggenfrage am 9. März 1928 sprach Braun einen Aspekt des Falles Vahlen an, allerdings derart entstellt, daß Rektor Eduard Alexander von der Goltz beim Kultusminister intervenierte.<sup>66</sup> Braun hatte – laut von der Goltz<sup>67</sup> – vor dem Landtag gesagt:

„Nur noch ein kurzes Wort zu dem Fall Vahlen. [...] Diesen Fall des Professor Vahlen in Greifswald erörtere ich gern, besonders im Hinblick auf die Ausführungen des deutschnationalen Redners, der davon sprach, daß ich, der Ministerpräsident, die Leidenschaft in der Flaggenfrage aufgehetzt hätte – ich möchte wissen wodurch? (Lachen rechts) [...] Ein Musterbeispiel dafür, wie in der Flaggenfrage verhetzt wird, ist das Treiben dieses Professor Vahlen, der sich als Erzieher unserer studierenden Jugend betätigen soll. Er war es, der die Studenten veranlasste, unter seiner Führung die verfassungsmäßige schwarz-tot-goldene [sic] Fahne von der Universität herunterzureißen (lebhaftes Hört, hört! links) mit den Worten: Schwarz-Rot-Mostrich muß runter! (Stürmische Unruhe auf allen Seiten.) Da hat es allerdings die Staatsregierung für erforderlich gehalten, das Urteil des Disziplinargerichts, das auf eine Versetzung lautete – eine Versetzung, die eigentlich gar nicht möglich war; denn wenn keine Fakultät diesen Mann nehmen wollte, so konnte er nicht versetzt werden, und wenn er versetzt wurde, so war es überhaupt keine Strafe –, zu revidieren und auf Amtenhebung zu erkennen. Denn wir sind der Auffassung, daß für einen Beamten der Republik Preußen, der sich gegen die verfassungsgemäße Flagge der Republik derart vergeht, in der Republik Preußen kein Platz mehr vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung links. – Zurufe rechts.)“

Nun waren an der Flaggeneinholung keine Studenten beteiligt, dieser Punkt war auch nie Teil der Anklage – Braun hatte sich und dem Landtag also einen nichtexistierenden Tatbestand eingeredet. Braun war wohl der Meinung, daß jede Form eines Gnadenerweises im Falle Vahlen von den Gegnern der Republik als Zeichen der Schwäche der Republik interpretiert werden würde.

Die Greifswalder Rektoren von der Goltz und Konrat Ziegler setzten sich unterdessen für Vahlen ein, antichambrierten bei Reichstagsabgeordneten wie Kahl, Lemmer und Heuss,<sup>68</sup> kontaktierten Persönlichkeiten in Wissenschaft und Industrie, um Vahlen, der ja

<sup>66</sup> Bei der Flaggenfrage ging es darum, ob und ggf. wie die schwarz-rot-goldenen Farben der Weimarer Republik um die schwarz-weiß-roten des Kaiserreichs ergänzt werden. Dieser Kampf um politische Symbole entbrannte nach der Wahl des „Ersatzkaisers“ Hindenburg zum Reichspräsidenten und führte schließlich zu einer höchst komplizierten Regelung für National-, Handels- und Militärbeflaggung zu Lande und zu Wasser, die allerdings nur bis 1933 Bestand hatte.

<sup>67</sup> Vahlen teilte von der Goltz die Stellungnahme Brauns vor dem Landtag mit. Von der Goltz zitiert in seinem richtigstellenden Schreiben an den Kultusminister den *Reichs- und Staatsanzeiger* Nr. 60 vom 10. März 1928 – allerdings mit einem Tippfehler.

<sup>68</sup> Wilhelm Kahl (1849–1932) war seit 1920 Mitglied des Reichstages für die DVR, Ernst Lemmer (1898–1970) seit 1924 für die DDP bzw. seit 1930 der Deutschen Staatspartei, Theodor Heuss (1884–1963) 1924–28 für die DDP und 1930–32 und vom März bis zur Auflösung im Juli 1933 für die Deutsche Staatspartei.



*Theodor Vahlen*

über keinerlei geregelten Einkünfte mehr verfügte, unterzubringen.<sup>69</sup> Dem Vizepräsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft) und langjährigen Rektor der TH München Walter von Dyck vertraute von der Goltz an, daß Vahlen die Möglichkeit erwäge, „sich wieder von neuem der national-sozialen Politik zuwenden, wenn ihm nicht geholfen werden könne. Ich würde das für ein großes Unglück halten nicht nur seiner extempolitischen Richtung wegen, sondern vor allem, weil er garnicht dazu geeignet ist und sich weiter ruinieren würde.“<sup>70</sup> Hier griff nun der Präsident der Notgemeinschaft ein: Friedrich Schmidt-Ott, anlässlich der Einweihung der neuen Räumlichkeiten im gemeinsamen Neubau der Königlichen Akademie und Biblio-

<sup>69</sup> Er erhielt 1927/28 lediglich ein Forschungsstipendium der Notgemeinschaft, das am 1. April 1928 verlängert werden sollte.

<sup>70</sup> UAG, PA 270: Schreiben von der Goltz an Walter von Dyck, 24. Februar 1928.

thek Unter den Linden seit 1914 Ehrenmitglied der Akademie, verlängerte und erhöhte ein seit 1922 für Arbeiten für die Kriegsmarine laufendes Stipendium für Vahlen.<sup>71</sup> Der „Fall Vahlen“ führte nicht nur zu einer stürmischen Sitzung im Preußischen Landtag, sondern auch zur Reform der Leitungsstrukturen der Notgemeinschaft, die Schmidt-Ott bislang im Zusammenspiel mit ihm genehmen Politikern, insbesondere dem Münsteraner Zentrumsabgeordneten Professor und Prälat Georg Schreiber, geleitet und sich jeder Form parlamentarischer Kontrolle entzogen hatte. Nachdem der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Moses im *Vorwärts* die Notgemeinschaft als „Irrgarten deutscher Gelehrsamkeit“ angegriffen und die Vergabepraxis der Mittel kritisiert hatte, intervenierte Reichsinnenminister Carl Severing und unterband die weitere Auszahlung des Stipendiums an Vahlen.<sup>72</sup> Und die Notgemeinschaft erhielt eine neue Satzung.

In Preußen kam es zu keiner Lösung des Falles Vahlen: Eine Eingabe der SPD, DDP und des Reichsbanners in Greifswald zugunsten Vahlens an das Preußische Staatsministerium, die im Herbst 1928 vorbereitet wurde, kam offenbar nicht mehr zustande. Dort wurde argumentiert, daß Vahlen eine harte, aber gerechte Strafe erhalten habe, angesichts der inzwischen erlassenen Reichs- und Preußischen Amnestien für „viele, zum Teil schwerere politische Vergehen“ entspräche es nun aber der Billigkeit, „wenn auch die Strafe Vahlens zu einem Teil aufgehoben und ihm ein Teil seines früheren Gehalts als Gnadengehalt bewilligt wird“.

Vahlen nahm mit Zustimmung der preußischen Regierung – die Hintergründe sind noch nicht erforscht – 1930 einen Ruf nach Wien an die Technische Hochschule an, wo er neben seiner Lehrtätigkeit auch politisch für die Nationalsozialisten aktiv blieb. Am 8. März 1933 beschloß der Senat der „Preußischen Universität Greifswald“<sup>73</sup> einstimmig, den Minister um Rehabilitation Vahlens zu bitten. Durch Erlaß vom 31. März wurde Vahlen mit Wirkung vom 16. März zum ordentlichen Professor in der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald ernannt; und „gleichzeitig [wurde er] bis auf weiteres in das Kultusministerium einberufen“.<sup>74</sup> Im Dezember 1933 übernahm Vahlen zudem vertretungsweise die „bisher von Professor Dr. von Mises innegehabte Professur“ in Berlin, und zum 1. Januar 1934 wurde er mit 64 Jahren – mit einem auf den 30. Januar datierten Schreiben! – ebendort zum ordentlichen Professor ernannt.<sup>75</sup>

<sup>71</sup> Zum Folgenden vgl. Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 78–80.

<sup>72</sup> *Vorwärts* vom 27. März 1929. Moses richtete sich in seiner Kritik vor allem gegen Schreiber: „Die Herren von der katholischen Fakultät in Münster sind gut dran. Sollten die Münsteraner etwa besonders einflußreiche Fürsprecher haben?“ und attackierte die fast völlige Ausgrenzung der Disziplinen, die „den sozialen Kern in jeder Wissenschaft“ darstellten. Nach Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 78f.

<sup>73</sup> Seit 1934 Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

<sup>74</sup> UAG, PA 270: Der Universitätskurator an den Herrn Rektor und das Konzil der Universität Greifswald, 7. April 1933.

<sup>75</sup> Vahlen war offenbar nicht unbeteiligt an der Verdrängung von Mises. Mises hatte am 12. Oktober 1933 um Entlassung aus dem Staatsdienst gebeten, sich aber geweigert, auf seine Pensionsansprüche zu verzichten: „Zu einem ausdrücklichen Verzicht auf mir nach dem Gesetz zustehende Ansprüche sehe ich nach vierundzwanzigjähriger Dienstleistung keine Veranlassung.“ Vahlen hatte suggeriert, daß Mises den Ruf nach Istanbul annehmen könne, ohne auf seine preußische Pension verzichten zu müssen (Sigmund-Schultze,

Er avancierte in einem Jahr vom Mitarbeiter zum Leiter der Abteilung Wissenschaft (ab 6. April 1934) im Preußischen Kultusministerium, das im Mai 1934 im neu gegründeten Reichserziehungsministerium aufging. Von 1933 bis 1937 war er zudem einer der Vizepräsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Er war im Ministerium teils Motor der personellen und institutionellen Umgestaltung(spläne) im Wissenschaftsbereich, teils wohl auch Konkurrent einer Gruppe deutlich jüngerer Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager, die Minister Rust aus seinen Göttinger Tagen ins Ministerium mitgebracht hatte. Diese junge Gruppe um Mentzel und Schumann übernahm ab 1934 die Forschungsabteilungen im Ministerium.<sup>76</sup> Ob Vahlen dabei entmachtet wurde oder allein aus Altersgründen zum 1. Januar 1937 aus dem Ministerium ausschied, um sich einer Altersaufgabe zu widmen, ist bislang nicht geklärt. Offiziell war er noch bis zum 1. Oktober 1937 lediglich beurlaubt. Sein Einstieg in der Akademie war problematisch: Er war im ersten Wahlgang im April 1937 im Plenum durchgefallen und erst im zweiten Anlauf gewählt worden.<sup>77</sup> Als es im Herbst des gleichen Jahres zur Abstimmung um den freigewordenen Beständigen Sekretariatsposten der Physikalisch-mathematischen Klasse kam, erhielt Vahlen lediglich eine von 24 Stimmen, Hans Stille, der neuer Sekretar wurde, bekam 23 Stimmen.<sup>78</sup>

Nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium begann für ihn jedenfalls eine weitere Karriere: die eines Umgestalters und Präsidenten der Akademie. Vahlen, der Jurist Ernst Heymann<sup>79</sup> (OM 1918) und der Mathematiker Ludwig Bieberbach<sup>80</sup> (OM 1924) bildeten den Nukleus der neuen Führungsmannschaft. Heymann war insbesondere mit dem Ausar-

*Mathematiker auf der Flucht*, S. 283). Mises ging später von Istanbul an die Harvard University. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wählte ihn 1950 zum Korrespondierenden Mitglied, eine Wahl, die er – wohl nach Anfrage im State Department – angesichts möglicher politischer Implikationen nicht annahm. Mises starb 1953 in Boston, Mass.

<sup>76</sup> Beide waren von Hause aus Naturwissenschaftler, doch während Mentzel, der bis 1945 Vizedirektor des KWI für physikalische Chemie blieb und zudem 1940 zweiter Vizepräsident der KWG wurde, für die zivilen Wissenschaften an Universitäten, in der KWG und auch an den Akademien zuständig war, konzentrierte sich Schumann, der je eine Professur für Physik und Musikwissenschaften an der Universität übernahm, auf die militärrelevanten Forschungen im Umkreis der Wehrmacht und der neuen Wehrwissenschaftlichen Fakultät der TU Berlin-Charlottenburg.

<sup>77</sup> In der Klasse wurde er am 25. Februar mit 19 Stimmen bei zwei Nein-Stimmen gewählt, im Plenum am 15. April mit 30 Ja- und 14 Nein-Stimmen abgelehnt. Bereits am 19. April stellen Bieberbach, E. Schmidt, von Ficker, Kopff, Debye und Planck einen neuen Wahlantrag. Die Klasse stimmt am 3. Juni mit 25 gegen zwei Stimmen zu, und das Plenum folgt am 24. Juni mit 38 gegen sieben Stimmen. AAW Berlin, II-III-106, Bl. 8–19.

<sup>78</sup> AAW Berlin, II-III-46: Auszug aus dem Protokoll der Physik.-math. Kl. vom 21. Oktober 1937, Bl. 48.

<sup>79</sup> Zu Heymann: Lösch, *Der nackte Geist*.

<sup>80</sup> Zu Bieberbach: Begehr, *Mathematik in Berlin*. Bieberbach hatte sich 1933 zum Nazismus bekehrt. Noch im Winter 1932/33 hatte er als Dekan dem Althistoriker Arthur Rosenberg, bis 1925 Mitglied der KPD und MdR, zudem jüdischer Herkunft, ein befürwortendes Gutachten wegen eines ministeriellen Stipendiums geschrieben, trat aber dann in der Universität in SA-Uniform auf; vgl. Walther, *Von Meinecke zu Beard*.

beiten einer neuen Satzung befaßt.<sup>81</sup> Indem das Ministerium der Akademie im November/Dezember 1938 gleichzeitig die neuen Satzungsvorbereitungen aufgab, die vier alten Sekretare zum Rücktritt drängte und ein neues Präsidium kommissarisch einsetzte, konnte in der Akademie der Einfluß der alten Akademieleitung minimiert werden. Lediglich der Sinologe Franke „rügt, daß die bisherigen 4 Sekretare beschlossen haben, dem Hrn. Reichsminister ihr Amt zur Verfügung zu stellen, ohne daß dem Plenum der Akademie davon Mitteilung und auf diese Weise Gelegenheit zur Erörterung gegeben worden ist. Hr. Heymann legt in seiner Erwiderung die Gründe dar, die zu dem Beschluß der Sekretare geführt haben und weist darauf hin, daß wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht die Möglichkeit bestanden habe, die Mitglieder zu unterrichten.“ Der Protokollführer verzichtete darauf, das Konfliktpotential festzuhalten, doch spricht Bieberbach in seiner Klasse eine Woche später „von der Gefahr, aus der uns [...] nur der mutige und hochherzige Entschluß der Sekretare gerettet hat“.<sup>82</sup> Unmittelbar darauf teilte Heymann mit, daß der „kom[missarische] Präsident und er bei dem zuständigen Referenten (eine Unterredung) über den neuen Satzungsentwurf gehabt haben.“<sup>83</sup> Einige Mitglieder der Akademie, soweit sie nicht in die Neuordnung einbezogen waren oder den politischen Kurs billigten, fühlten sich durch die ministerielle Personalpolitik und die gleichzeitigen Vorbereitungen zur Satzungsänderung offenbar „überrollt“ und ausgegrenzt.

Kurz darauf wurde die Stellung des kommissarischen Präsidiums, das ja nun bereits über die Geschäftsordnung verfügte, gestärkt. Zu diesem Zwecke fanden im März 1939 Neuwahlen Ordentlicher Mitglieder statt. Darunter waren auch „Stellen als Ersatzstellen für überalterte Mitglieder“. Während der Wahlvorbereitungen ermahnte Bieberbach, der Anfang Januar 1939 zum kommissarischen Sekretar der Physikalisch-mathematischen Klasse ernannt worden war, seine Kollegen, nach „geeigneten jüngeren Herren Umschau zu halten“ und nicht unter „unseren älteren Mitgliedern eine Auswahl solcher zu treffen“. Zwar sei „hohe wissenschaftliche Qualifikation eine unbedingte Voraussetzung jeder Wahl“, doch sei von jetzt an „ein besonders hoher Maßstab hinsichtlich der politischen Erwünschtheit anzulegen, also nicht nur politische Unbedenklichkeit, sondern eine besondere politische Qualifikation. Ich bemerke dazu, daß über den Grad dieser Qualifikation nicht ich zu befinden habe, auch nicht unser Herr Präsident, sondern die zuständige politische Stelle.“<sup>84</sup>

Und Bieberbach brachte in Erinnerung: „Wir wissen, daß es vor einiger Zeit jeder der beiden Klassen passiert ist, daß der Herr Minister eine vollzogene Wahl nicht bestätigte, weil der Gewählte den politischen Ansprüchen nicht in hinreichendem Maße entsprach.“

<sup>81</sup> Präziser: Heymann entwarf neue Satzungen für die PAW und für die Reichakademie der Wissenschaften, wobei offen blieb, ob die PAW in der Reichsakademie aufgehen sollte oder der Berliner „Ortsverein“ der Reichsakademie werden sollte; BA-Berlin, REM-Akten. Vgl. dazu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

<sup>82</sup> AAW Berlin, II-V-139, Bl. 65: Sitzung der Physik.-math. Kl. vom 19. Januar 1939.

<sup>83</sup> AAW Berlin, II-V-104, Protokolle Plenum, Bl. 150: 12. Januar 1939.

<sup>84</sup> AAW Berlin, II-V-139, Bl. 64f.: Sitzung der Physik.-math. Kl. vom 19. Januar 1939; Mitteilung von Bieberbach.

Sie sehen also, daß diesen Gesichtspunkt besonderer Qualifikation nicht wir erfunden haben.“ Und er fuhr fort: „Vorkommnisse wie die geschilderten sind für alle Beteiligten recht unangenehm. Wir müssen sie vermeiden.“ Abschließend hielt Bieberbach noch einmal fest, daß „hohe wissenschaftliche Qualifikation eine unbedingte Voraussetzung jeder Wahl ist“ und entkräftete damit von vornherein die mögliche Unterstellung, daß politische Qualifikation die wissenschaftliche ersetzen könne.

Anschließend verlas Bieberbach den von ihm und dem Geographen Norbert Krebs verfaßten Antrag auf Wahl des Professors Dr. Ing. Fritz Todt zum Ehrenmitglied. Todt war damals Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und wurde ein Jahr später Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Bieberbach wollte „die Verdienste unserer übrigen Ehrenmitglieder nicht schmälern, aber [er] glaube nicht, daß eine ferne Zukunft von einem derselben noch lauter und deutlicher künden wird als von Prof. Todt“.<sup>85</sup>

Schließlich wurde Bieberbach sehr direkt und mahnte die Klassenmitglieder: „Bedenken Sie bei dem jetzt einsetzenden Abstimmungsverfahren neben der unbedingt erwiesenen Eignung und Würdigkeit des Prof. Todt auch, in welchem Maße heute die Augen der Öffentlichkeit auf uns gerichtet ist [sic]. Wie merkten das an der Gefahr, aus der uns, wie wir vor 8 Tagen im Plenum hörten, nur der mutige und hochherzige Entschluß der Sekretare gerettet hat. Beweisen Sie nun durch die Einmütigkeit, mit der Sie Prof. Todt Ihre Stimme geben, daß wir gewillt sind, anzuerkennen, was der 30. Januar vor sechs Jahren unserem Volk an Großem und Wertvollem geschenkt hat, daß wir alle gewillt sind, an unserem Teile an dem Aufstieg unseres Volkes mitzuarbeiten, daß auch die Akademie als solche nun ein sichtbares Zeichen dieses ihres Wollens zu geben bereit ist. Als solches soll und wird die Wahl von Prof. Todt aufgefaßt werden. Das ist meine Überzeugung.“<sup>86</sup> Trotz dieser hochgespannten politisierten Rhetorik griffen von den 26 Anwesenden, darunter Planck, von Laue, Hahn, Diels, Stille, Rössle, Debye und Geiger, immerhin zwei zur schwarzen Kugel und stimmten somit gegen Todt.

Die Mitglieder der Physikalisch-mathematischen Klasse diskutierten Anfang 1939 die Kandidaten für die vorgesehene Neuwahl, daunter auch über die beiden Chemiker Butenandt und Thiessen: „Als Ergebnis der Aussprache ergibt sich, daß beide Herren sehr wohl geeignet sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die organische Chemie zur Zeit nicht vertreten ist, und daß den Biologen die Zusammenarbeit mit Herrn Butenandt als besonders wertvoll erscheint. Da zurzeit zwei Chemiker nicht gewählt werden können, beschließt die Klasse, zunächst die Wahl des Hrn. Butenandt zu verfolgen und die Wahl des Hrn. Thiessen noch zurückzustellen.“<sup>87</sup>

<sup>85</sup> Damals waren Ehrenmitglieder der Akademie: seit 1914 Friedrich Schmidt-Ott, langjähriger Vortragender Rat, Abteilungsdirigent und Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium, 1917/18 Kultusminister, 1920–33 Leiter der Notgemeinschaft bzw. DFG; seit 1929 Albert Schweitzer sowie, ebenfalls seit 1929, der vormalige Präsident der Cornell University und 1925–30 Botschafter der USA in Berlin, Jacob Gould Schurman, und seit 1936 der Vorsitzende des Aufsichts- und Verwaltungsrates der I.G. Farbenindustrie A.G. Mit Todt wurde auch der Archäologe Wilhelm Dörpfeld zum EM gewählt.

<sup>86</sup> AAW Berlin, II-V-139, Bl. 64f.: Protokoll der Physik.-math. Kl. vom 19. Januar 1939.

<sup>87</sup> AAW Berlin, II-III-46, Bl. 118: Auszug aus dem Protokoll der Physik.-math. Kl. vom 9. Februar 1939.

Abweichend von der bisherigen Praxis sollten die Kandidaten beider Klassen, es waren dreizehn, also ein veritabler Pairsschub, im Plenum en bloc vorgestellt und gewählt werden. Und Vahlen wies vor Beginn der Abstimmung darauf hin, „daß bei den Abstimmungen in den Klassen mehrfach schwarze Kugeln [also Nein-Stimmen] abgegeben worden sind, ohne daß sich auf Aufforderung der Sekretäre ein Mitglied zu Wort gemeldet hätte, um Bedenken geltend zu machen. Der Präsident erklärt, daß das Wahlverfahren zwar geheim sei, es jedoch im Interesse der Akademie liege, wenn Bedenken gegen eine Wahl offen ausgesprochen werden würden. Er fordert die Mitglieder auf, nach Verlesung eines jeden Wahlantrages etwa bestehende Bedenken vor der Wahlhandlung mitzuteilen.“<sup>88</sup> Von 66 Ordentlichen Mitgliedern der Akademie – 37 in der Physikalisch-mathematischen, 29 in der Philosophisch-historischen Klasse – waren 50 anwesend, 13 entschuldigt. Die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit betrug, so wurde festgestellt, 33.<sup>89</sup>

Zu den Kandidaten, die die Bieberbachschen Kriterien – die wissenschaftlichen wie die politischen – erfüllten, zählten in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse fünf Wissenschaftler: der Biochemiker Adolf Butenandt,<sup>90</sup> der mit allen 50 weißen Kugeln gewählt wurde, der Agrarpolitiker Konrad Meyer,<sup>91</sup> der 48 weiße und 2 schwarze Kugeln erhielt, der Wasserbauingenieur Adolf Ludin, der Luftforschungsexperte Friedrich Heinrich Seewald und der Geophysiker Julius Bartels, die mit jeweils 49 weißen und einer schwarzen Kugel gewählt wurden.

In der Philosophisch-historischen Klasse standen sieben Kandidaten zur Wahl, über die, da der Physiker Hans Geiger sich entschuldigte und das Plenum verließ, nunmehr 49 Mitglieder abstimmten: auf den Juristen Herbert Meyer<sup>92</sup> fielen 42 weiße und sieben schwarze Kugeln; der Historiker Edmund Stengel<sup>93</sup> erhielt alle 49 weißen Kugeln, der Germanist Julius Schwietering erhielt 48 weiße und eine schwarze Kugel, auf den Germanisten Franz Koch<sup>94</sup> fielen 34 weiße, aber 15 schwarze Kugeln, so daß er mit einer knappen Mehrheit gewählt war, der Altphilologe Christian Jensen erhielt alle 49 weißen Kugeln, der Arabist Richard Hartmann wurde mit 48 weißen und einer schwarzen Kugel gewählt, der Romanist

<sup>88</sup> AAW Berlin, II-V, Bl. 170: Protokoll der Plenarsitzung am 2. März 1939.

<sup>89</sup> Die absolute Mehrheit beträgt natürlich 34. Ob es sich um einen Schreibfehler, einen Irrtum oder einen Protokollierungsfehler handelt, ist naturgemäß in der Regel nicht feststellbar.

<sup>90</sup> Butenandt war 1936 von der TH Danzig an das KWI für Biochemie berufen worden, trat damit die Nachfolge des „Nichtariers“ Carl Neuberg an.

<sup>91</sup> Meyer war Ordinarius für Agrarsoziologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, die 1934 der Universität als Landwirtschaftliche Fakultät eingegliedert worden war. Er war Urheber und Mitverfasser des „Generalplans Ost“ von 1940, der die „Aussiedlung“ aller Juden und der meisten Slawen aus den Deutschland einzugliedernden Gebieten Mittel- und Osteuropas vorsah; vgl. Rössler, *Generalplan Ost*.

<sup>92</sup> Bruder des Historikers Arnold Otto Meyer an der Universität Berlin.

<sup>93</sup> Zu Stengel, der kurzzeitig die Monumenta Germaniae Historica, die jetzt unter Reichsinstitut für ältere deutsche Geschichtskunde firmierten, leitete, zuletzt: Heinemeyer, „Edmund E. Stengel“.

<sup>94</sup> Zu Koch und der Berliner Germanistik vgl. das Projekt von Wolfgang Höppner, Institut für deutsche Literatur der Humboldt-Universität zu Berlin im Internet: <http://www.2.hu-berlin.de/literatur/> unter Arbeitsstelle für Fachgeschichte.

Emil Winkler<sup>95</sup> erhielt wiederum alle weißen Kugeln, der Rechtsphilosoph und Nietzsche-Spezialist Carl August Emge erhielt 47 weiße und zwei schwarze Kugeln und schließlich der Historiker Fritz Hartung, der 47 weiße und eine schwarze Kugel erhielt.<sup>96</sup>

Somit waren alle Kandidaten gewählt, das Ministerium bestätigte jedoch am 29. April 1939 nur dreizehn Mitglieder: Edmund Stengel, Jahrgang 1879, wurde nicht bestätigt – offensichtlich war er keiner der „jüngeren Herren“, auf die man nun Wert legte.<sup>97</sup> Der „zurückgestellte“ Physikochemiker Peter Adolf Thiessen<sup>98</sup> rundete einige Monate später den Zuwachschub von 1939 ab. Von den 14 gewählten waren sechs jünger als 50 Jahre, was für die Akademie eine recht ungewohnte Alterskategorie darstellte. Die Verjüngung und Nazifizierung der Akademie gingen also Hand in Hand. Diese Jugendlichkeit, ihre wissenschaftliche Qualifikation, ihre wissenschaftsorganisatorische Kompetenz und nicht zuletzt ihre Paßfähigkeit in unterschiedliche politische Umgebungen ermöglichte es Butenandt, 1960 die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft zu übernehmen, während Thiessen, der 1945–55 einer wissenschaftlichen Tätigkeit in der Sowjetunion nachgegangen war, bereits drei Jahre zuvor Vorsitzender des Forschungsrates der DDR geworden war.

Während die neue Akademiespitze um Vahlen wie die alte um Planck mehrheitlich aus Emeriti bestand, war der Nachwuchs deutlich jünger – und in der Regel parteigebunden oder -nah. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Faktor in der zunehmenden Regimennähe der Akademie war zudem der „Direktor bei der Akademie“<sup>99</sup>, der Islamwissenschaftler Helmuth Scheel. Bislang hatte der Bibliothekar und Archivar der Akademie Eduard Sthamer die wenigen nicht von den vier Sekretären zu erledigenden Verwaltungsangelegenheiten besorgt. Nach Sthamers Tod Ende März 1938 wurde Scheel im Oktober zuerst mit der Wahrnehmung der Geschäfte Sthamers betraut, zwei Wochen später dessen Nachfolger. Nach der neuen Satzung von 1939 hieß diese, in ihrem Aufgabenbereich neu definierte Stelle dann „Direktor bei der Akademie“. Damit entstand in der Akademie erstaunlich spät eine eigene Verwaltung. Die Aufgabentrennung zwischen Präsidium und

<sup>95</sup> Das heißt nicht, daß alle Genannten Mitglieder der NSDAP waren, Hartung war z. B. „lediglich“ im Beirat des Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands, eines Instituts, das sich vergeblich um eine nationalsozialistisch-rassistische Ausrichtung der deutschen Historikerschaft bemühte.

<sup>96</sup> Aus dem Protokoll ist nicht ersichtlich, warum lediglich 48 Mitglieder ihre Stimme bzw. Kugel abgaben.

<sup>97</sup> Auch Stengels Eintritt in die NSDAP (Antrag vom 31. Januar 1942, Aufnahme zum 1. April 1942, Mitgliedsnummer 8 981 952) änderte nichts an der ministeriellen Nichtbestätigung.

<sup>98</sup> Über Thiessen: Eibel, *Peter Adolf Thiessen*. Thiessen war am 9. März 1925 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 3096), am 18. Januar 1928 ausgetreten, und am 1. Mai 1933 wieder eingetreten (Mitgliedsnummer 3 184 595). Er war zudem, wie Grapow, Förderndes Mitglied der SS. BA Berlin, BDC-Akten: „Thiessen, Adolf“ und „Thiessen, Dr. Peter Adolf“. Die Karteikarte mit der niedrigen Mitgliedsnummer ist mit dem Stempelaufdruck versehen: „Abm[eldung] ungültig“. Es gab offenbar Versuche, die Mitgliedschaft auf das erste Eintrittsdatum rückzudatieren, so auf der Karteikarte des NSD-Dozentenbundes, in der in der Sparte „Mitgliedschaft seit“ die Jahre 1922–26 durchgestrichen sind und nur das Jahr 1933 angegeben ist. Thiessen war 1935 aus Münster nach Berlin gekommen und hatte dort das Direktorat des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie (das heutige Fritz-Haber-Institut der MPG) übernommen. Er war mit Rudolf Mentzel eng befreundet.

<sup>99</sup> Nach heutigem Sprachgebrauch: Generalsekretär oder Geschäftsführer.

Verwaltung war auch ein Schritt administrativer Professionalisierung. Scheel war ein allseits anerkannter kompetenter Verwaltungsleiter. Auch er kam – wie Vahlen – aus dem Reichserziehungsministerium und war Dozent an der Auslandshochschule, später an der neu gegründeten Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität. Er war zudem, was er nach 1945 stets leugnete, Mitglied der NSDAP mit – angeblich – guten Beziehungen zu Göring.<sup>100</sup>

Überraschend war allerdings, daß die Akademie sich trotz des Zuwahlschubs weigerte, das kommissarische Präsidium en bloc zu bestätigen. Auf Drängen Plancks kam es zu einer Einzelabstimmung, in der Vizepräsident Heymann und die beiden Sekretäre Grapow und Bieberbach gewählt wurden, während auf Vahlen und den von Planck offen favorisierten Stille die gleiche Anzahl von Stimmen fielen. Am 24. Juni 1939 bestätigte Reichsminister Rust dennoch das vierköpfige Präsidium und den neuen Direktor. Das hieß, die Fronten in der Akademie – wenn denn überhaupt Fronten zu erkennen waren – verliefen nicht eindeutig entlang der Parteigrenzen, der Generationen oder der Disziplingruppen, sondern lagen quer dazu.

Unter den traditionell staatsnahen Historikern entbrannte 1940 eine Auseinandersetzung über die Zuwahl des vormaligen Rektors der Universität Berlin, des Landeshistorikers Willy Hoppe. Dabei bildeten sich überraschenderweise zwei Fraktionen, die sich weder eindeutig politisch noch nach anderen Kriterien definieren lassen: auf der einen Seite standen der Mediävist Paul Fridolin Kehr, Heymann und Theodor Vahlen, gestützt durch ein Gutachten des Münchner Historikers und dortigen Akademiepräsidenten Karl Alexander von Müller. Als Gegner profilierten sich die drei Historiker Albert Brackmann, Hermann Oncken und Fritz Hartung, die nicht nur Gutachten von Karl Brandi (Göttingen) und Heinrich Ritter von Srbik (Wien) vorweisen konnten, sondern sich auch die Unterstützung Hans Stilles aus der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sichern konnten.<sup>101</sup>

<sup>100</sup> Nach der „Parteistatistischen Erhebung“, „Fragebogen für Parteimitglieder“, war Scheel am 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer: 5 377 132). Er war zudem – nach seinen eigenen Angaben – führend im Kolonialbund und der Reichskulturkammer tätig und bezeichnete sich als „gottgläubig“. 1945/46 leugnete Scheel seine NSDAP-Mitgliedschaft, und da damals offenbar ein eindeutiger Beweis seiner Mitgliedschaft nicht erbracht werden konnte, blieb sein Fall monatelang in der Schwebe. Nachdem er faktisch bereits rehabilitiert war oder sich für faktisch rehabilitiert hielt, wurde im Herbst 1946 seine Stelle neu besetzt mit dem Mathematiker Josef Naas, ohne daß Scheel abberufen worden war. Scheel hatte etwa zeitgleich einen Ruf an die neu gegründete Universität Mainz in der französischen Zone angenommen. Er beharrte zeitlebens darauf, „Direktor bei der Preussischen Akademie der Wissenschaften“ zu sein, verfügte über entsprechende Amtssiegel und Briefköpfe und korrespondierte ab und an mit bis 1945 gewählten Akademiemitgliedern. 1949 war er der Initiator der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur, einer auf Scheel zugeschnittenen Kopie der PAW und der Sektion Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste. Zu den Gründungsmitgliedern der Mainzer Akademie zählten mehrere in Berlin aus der Akademie ausgeschlossene Wissenschaftler, aber auch der aus dem französischen und amerikanischen Exil zurückgekehrte Alfred Döblin.

<sup>101</sup> Stille war zwar Geologe, beanspruchte aber als Geowissenschaftler eine Mitkompetenz bei der Kandidatur eines Landeshistorikers, der ja in seiner Subdisziplin auch geographische Faktoren zu berücksichtigen hat. Müller und Srbik galten als ausgesprochene Anhänger des Nationalsozialismus, Brackmann war

Während sich bei Abstimmung in der Klasse eine Mehrheit zugunsten Hoppes bildete, gelang es Fritz Hartung und Hans Stille, im Plenum eine Mehrheit für die Vertagung des Wahlaktes zusammenzubringen – und damit die Wahl zu verhindern. Dies ist um so bemerkenswerter, da die Akademie damals glauben mußte, daß die Wahl Hoppes einem Wunsch des Ministeriums entspräche.<sup>102</sup> Bis Ende 1944 folgten die Zuwahl von 15 weiteren Ordentlichen Mitgliedern, ausnahmslos arrivierte Wissenschaftler wie der Physiker Werner Heisenberg und der klassische Philologe Wolfgang Schadewaldt oder aber Wissenschaftsmanager wie der Eisenbahntechniker Hans Nordmann und der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Friedrich Stieve, an deren Regimenähe kaum Zweifel bestand.<sup>103</sup>

Im Dezember 1942 legte Vizepräsident Ernst Heymann sein Amt nieder. Im Herbst 1943 verlor er sein Haus mit seiner Bibliothek, kurz darauf ging er mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, das er 1938 übernommen hatte, nach Tübingen.

Vahlen reichte zum 30. Juni 1943 seinen Rücktritt als kommissarischer Präsident ein, da er sein weiteres Verbleiben im Amt für nicht kriegswichtig hielt und sich dem „Reichsführer SS“ zur Verfügung stellen wollte.<sup>104</sup> Nach dem Verlust seiner Berliner Wohnung durch einen Bombenangriff zog er es vor, ins damals weniger bombenbedrohte Wien, seine Heimatstadt, auszuweichen. Der Akademie teilte er mit, daß er an der dortigen Technischen Hochschule Vorlesungen halte und im Sommersemester in Wien bleibe. Im Juli meldete er seine Ernennung zum Honorarprofessor an der TH Wien. Doch zog er Anfang August, nachdem er offenbar in Wien wiederum ausgebombt worden war, nach Prag, wo er am 16. November 1945 „in der Gefangenschaft“ starb, wie seine Witwe im Frühjahr 1949 dem Rektor der Humboldt-Universität mitteilte.<sup>105</sup>

Ob Vahlens und Heymanns Weggang aus Berlin als Resignation zu bewerten ist, ist zu bezweifeln. Denn beide, Jahrgang 1869 bzw. 1870, waren bereits in den 70ern und hatten als Vertreter der älteren Generation ihr Ziel durchaus erreicht: in der Akademie hatten die

konjunkturgerecht seit 1932/33 erfolgreich damit beschäftigt, ein reichsweites Imperium historischer Forschungsinstitutionen aufzubauen, vgl. dazu Haar, *Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft*.

<sup>102</sup> Vgl. Walther, „Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin“, S. 175f. – Die Zuwahl des Wiener Literaturhistorikers zum auswärtigen Mitglied scheiterte letztlich an der ablehnenden Haltung von Parteigutachtern, denen Josef Nadler „zu katholisch“ war; Dainat, „Anpassungsprobleme einer nationalen Wissenschaft“. Es ist auffällig, daß Nadler 1945 in Wien entlassen wurde – und zwar als der Nationalsozialist der Disziplin in Österreich. Dies ist wohl in erster Linie als erfolgreiche Entlastungsstrategie der im Amt bestätigten Kollegen zu sehen.

<sup>103</sup> Von den 15 im Jahre 1939 Zugewählten strich die neue Akademieleitung im Sommer 1945 fünf, und von den bis Ende 1944 Zugewählten 15 ebenso fünf aus der Mitgliederliste. Von den vor 1939 Zugewählten wurden lediglich Bieberbach (Wahljahr 1924), der Romanist Ernst Gamillscheg (1936), der Anthropologe und „Rasseforscher“ Eugen Fischer (1937) und der Techniker Ernest Anton Kraft (1937) sowie Vahlen (1937), den man in Berlin fälschlicherweise für tot hielt, gestrichen.

<sup>104</sup> AAW Berlin, II-III-106, Bl. 43.

<sup>105</sup> Im Vorlesungsverzeichnis der Universität Berlin für das Sommersemester 1944 ist eine Wiener Adresse angegeben, Siegmund-Schultze, „Theodor Vahlen“, S. 20 und 31, Fn. 19.



*Festsitzung der Preußischen Akademie am 30. Juni 1944. Am Rednerpult der Vizepräsident Hermann Grapow, in der ersten Reihe sitzend: Ludwig Bieberbach und Max Planck.*

nationalsozialistisch orientierten Wissenschaftler die Hegemonie errungen, und die Handlungsfähigkeit der Akademie als repräsentativer Klub war durch die deutliche Verjüngung der Mitgliedschaft gesichert.

Nach Vahlens Weggang wurde der Ägyptologe Grapow, Jahrgang 1885, zum Vizepräsidenten ernannt, der zudem die Aufgaben des Präsidenten wahrzunehmen hatte.<sup>106</sup> Vizepräsident Grapow, Sekretar Bieberbach, Jahrgang 1886, und Direktor Scheel, Jahrgang 1895, bestimmten seit 1943 in Abstimmung mit den immer weniger in Berlin verfügbaren Akademiemitgliedern den Kurs der Akademie.

Nach 1939 kam es aufgrund der personellen Veränderungen in der Akademie zur Kohabitation von Vertretern mit unterschiedlichem Wissenschaftsverständnis. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es eher national verfaßte Disziplinen und Kommunikationszusammenhänge (z. B. die jeweilige Nationalphilologie und Staatsgeschichte) gab – und gibt – und eher transnational ausgerichtete Disziplinen (z. B. die meisten Naturwissenschaften, aber auch die Altertumswissenschaften), Akademiemitglieder durch ihre disziplinäre Sozialisation vorgeprägt sind. Daneben sind der Grad der Staatsabhängigkeit und Staatsbezogenheit

<sup>106</sup> Die Wahl eines Präsidenten untersagte das Ministerium. Vgl. den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

zu berücksichtigen sowie das politische Engagement in einer sozialen Gruppierung, wo staatskonformes Verhalten allzuoft als unpolitisches verstanden wurde. Ohne jetzt Typen vorzuschlagen, sei doch festgehalten, daß herausragende wissenschaftliche Arbeit und (jedwedes) politisches Engagement miteinander vereinbar waren und weiterhin sind.

In der Akademie waren Repräsentanten aller Gruppierungen aktiv, wie auch die 1939 eingeführten Jahrbücher zeigen. Die Ansprachen von Mitgliedern des Präsidiums zum Friedrichs- und Leibniztag, also den öffentlichen Sitzungen der Akademie, waren ungewöhnlich aggressive politische oder wissenschaftspolitische Tiraden – als Feinde wurden immer Juden, meistens Slawen, auch die „plutokratischen“ Engländer, 1939 sogar die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ausgemacht.<sup>107</sup> Die Festvorträge von Mitgliedern der Akademie waren in der Form gemäßigter, in der Substanz nicht weniger eindeutig. So erklärte Butenandt auf dem Friedrichstag 1941 in seinem Festvortrag über „Die biologische Chemie im Dienste der Volksgemeinschaft“: „Wenn in Zeiten des Krieges der Soldat die Grenzen seines Landes schützt oder Raum gewinnend über sie hinaus vorstößt, so liefern die kulturellen Leistungen der Nation diesem Kampf nicht nur den tieferen Sinn, sondern die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit bestimmen weitgehend die Brauchbarkeit und Güte der soldatischen Waffen. Unser augenblickliches Leben ist in dem gleichen Maße durch den Einsatz von Soldatentum, Wissenschaft und Technik gekennzeichnet, Wissenschaftler und Soldat stehen in enger Verbundenheit nebeneinander in der ersten Front unseres Lebenskampfes.“ „Keine Zeit hat in so weitgehendem Maße den Einsatz der Kraftreserven der wissenschaftlichen Arbeit für die Lösung gegenwartsgebundener Aufgaben gefordert wie die junge nationalsozialistische Geschichtsepoche unseres Volkes.“<sup>108</sup>

Es ist diese Form rhetorischer Militarisierung und Hierarchisierung der Wissenschaft in einem allumfassenden Wissenschaftskampf, die viele politische Vorträge mit wissenschaftlichen Argumenten verbindet. So faßte Grapow seinen Bericht „Über die Unternehmungen der philosophisch-historischen Klasse“ zusammen: „Wir wollen eine *moderne*<sup>109</sup> Armee wissenschaftlicher Soldaten sein!“ Und weiter:

„In dem Entscheidungskampf um Deutschlands Zukunft steht mit der Akademie auch die philosophisch-historische Klasse in der Front durch ihre zur Wehrmacht eingezogenen jungen Mitarbeiter: An sie, die einmal unsere und damit zugleich ihre Arbeiten weiterführen und zum Abschluß bringen und andere neu in Angriff nehmen sollen, denken wir auch in dieser Stunde. Sie sollen, wenn sie als Mitsieger an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, mit vollen Kräften ihre wissenschaftliche Tätigkeit wiederaufnehmen, und wir hoffen, daß sie verdienten Anteil haben werden an dem neuen Aufschwung, den wir in der vom Führer als dem deutschen Schicksalsmenschen heraufgeführten zweiten Friederizianischen Epoche

<sup>107</sup> Daß Vahlen 1939 als (kommissarischer) Präsident der Akademie die KWG als „Rest aus demokratischer Systemzeit“ attackiert, entsprach nicht nur nicht dem bislang üblichen Stil des Hauses, war angesichts der Tatsache, daß Vahlen 1933–37 einer der Vizepräsidenten der KWG war, absurd.

<sup>108</sup> Butenandt, „Die biologische Chemie im Dienste der Volksgesundheit“, in: Jb. der PAW 1941, S. 172.

<sup>109</sup> Im Original ist „moderne“ gesperrt gedruckt!

unserer Geschichte nach dem Siege wie für die Wissenschaft überhaupt so auch besonders für die Geisteswissenschaften gerade auch in unserer Akademie erwarten dürfen.“<sup>110</sup>

Im allgemein-öffentlichen Bereich, also an den beiden der Öffentlichkeit zugänglichen Festtagen der Akademie, sowie in der Aufmachung des Jahrbuches dominierte eindeutig das Bild einer der Politik untergeordneten und zuarbeitenden Wissenschaft. Im kleiner gedruckten Teil, den vor den Klassen oder dem Plenum gehaltenen Vorträgen, finden sich dagegen Mitteilungen völlig unterschiedlichen Zuschnitts, in denen die Arbeit aus den außerakademischen Institutionen der Akademiemitglieder vorgestellt wird: „Über tropische Inselberge“ (Krebs 1942), „Neue Möglichkeiten der genetischen Reinzüchtung“ (Wertstein 1942), „Geotektonische Gliederung der Erdgeschichte“ (Stille 1942); in denen disziplinäre Fachfragen verhandelt werden, während ein Beitrag „Zur Ontologie der Mathematik“ (Bieberbach 1942) an zentraler Stelle mutmaßt: „In bestimmten der Persönlichkeit der Forscher angehörigen Bereichen offenbaren sich auch rassische und völkische Art“, und damit die nationalsozialistische Rassenrhetorik bedient.

Die andernorts – nach wie vor in der Regel an der Berliner Universität und der Technischen Hochschule sowie in den Kaiser-Wilhelm-Instituten – gewonnenen Erkenntnisse werden also in der Akademie vorgestellt. Ob sich die Form der Kritik und Diskussion nach 1933 oder 1939 verändert haben, läßt sich nach dem heutigen Kenntnisstand nicht beurteilen. Auch über Veränderungen der Rituale – Grußformeln, Beflagung – lassen sich keine Aussagen machen. Die Gleichzeitigkeit von Vertretern unterschiedlicher wissenschaftlicher Maßstäbe und politischer Kriterien stießen aber nicht aufeinander, sondern gruppierten sich zueinander. Die Atmosphäre und der kollektive Habitus der Akademie neutralisierte – auch im Handeln einer Person – alle Gegensätze: so zählte Max von Laue sicherlich zu denen, die dem Regime nicht zuneigten. Bis 1939 stand er in Verbindung mit dem Londoner „Academic Assistance Council“, einer britischen Hilfsorganisation für aus Deutschland vertriebene Wissenschaftler, und schrieb Empfehlungsschreiben für Physiker(innen), die sich zur Emigration gezwungen sahen.<sup>111</sup> Derselbe von Laue hörte sich aber auch anlässlich der Leibniztage 1940 und 1941 die politischen Tiraden des Präsidenten an. Die Exklusivität und Kollegialität des Klubs Akademie erlaubte die unterschiedlichsten Symbiosen, Legierungen, Amalgame oder Cohabitationen von Wissenschaftlichkeit(en) und Politikauffassungen. Und eben diese Exklusivität und Kollegialität überdeckte und überschattete alle möglichen weltanschaulichen Bruchstellen und wissenschaftlich-politischen Verstrickungen.

Im Sommer 1945 organisierten dann einige der in Berlin anwesenden Akademiemitglieder nach eigenen Kriterien eine Entnazifizierung der Akademie, die zu einer „Aussortierung“ mehrerer Mitglieder führte. Daß dabei Bieberbach ausgeschlossen, Grapow aber in der SBZ/DDR eine neue Karriere machen konnte, gehört zu den Ungereimtheiten der

<sup>110</sup> Grapow, „Über die Unternehmungen der Philosophisch-historischen Klasse“, in: PAW (Hrsg.), *Wesen und Aufgabe der Akademie*. Vier Vorträge von Th. Vahlen, E. Heymann, L. Bieberbach und H. Grapow (Vorträge und Schriften, Heft 1), Berlin 1940, S. 42.

<sup>111</sup> Mitteilung von Annette Vogt, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin.

Situation von 1945, in der neue Karrierechancen vergeben und Abrechnungen mit der Vergangenheit geregelt wurden.

Bezogen auf die Forschung in der Akademie hatten die Mitgliederveränderungen so gut wie keinen Einfluß. Denn die Langzeitprojekte waren mit jedem politischem System, mit jeder Wissenschaftspolitik paßfähig, lediglich die Antrags- oder Verlängerungsantragsrhetorik stellte sich auf die Argumentationserwartungen der Finanziere ein. Es änderte sich nach 1933 nichts daran, daß die Akademie am Rande der wissenschaftlichen Institutionen Deutschlands stand. Sie gewann nichts durch die gravierenden Reorganisationen im Wissenschaftssystem, sie blieb ein exklusiver, staatsnaher Klub, in der nach 1939 an der Parteiverbundenheit der deutlichen Mehrheit der Mitglieder kein Zweifel mehr bestand. Es gelang der Akademie nicht, Forschungspotentiale an sich zu binden, sie war aber auch kein Zentrum der wissenschaftlichen Debatten. Darüber konnte auch die Gründung des repräsentativen Jahrbuchs nicht hinwegtäuschen.

Die Unterbrechung, der Abbruch oder das Nichtzustandekommen akademischer Langzeitprojekte ist in der Regel dem – oft der „Rassenpolitik“ geschuldeten – Mangel an kompetenten Mitarbeitern, technischen Problemen beim Druck oder schlicht dem Papiermangel zuzuschreiben. Vorhaben wie „Der Atlas des deutschen Lebensraums in Mitteleuropa“, „Die Geschichte des Deutschtums in Osteuropa“ oder die 1941 gegründete „Kommission für die Erforschung Weißafrikas“, denen rassistische und expansionistisch-kolonialistische Konzeptionen zugrunde lagen, kamen kaum aus der Projektierungsphase heraus, als sie, durch die Kriegseignisse bedingt, ihre Arbeit „auf die kommende Friedenszeit vertagten“.

## Literatur

- Begehr, Heinrich (Hrsg.): *Mathematik in Berlin*. Geschichte und Dokumentation, 2 Halbbde., Aachen 1998.
- Bottin, Angela: *Enge Zeit*. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Unter Mitarbeit von Rainer Nicolaysen (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 11), Berlin 1992.
- Dainat, Holger: „Anpassungsprobleme einer nationalen Wissenschaft. Die Neuere deutsche Literaturwissenschaft in der NS-Zeit“, in: Petra Boden und Holger Dainat (Hrsg.), *Atta Troll tanzt noch*. Selbstbesichtigungen der literaturwissenschaftlichen Germanistik im 20. Jahrhundert, Berlin 1997, S. 103–126.
- Dunken, Gerhard: *Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Vergangenheit und Gegenwart*, Berlin 1958.
- Eibel, Angela: *Peter Adolf Thiessen*, Diss. Frankfurt/Main 1998.
- Erman, Adolf: *Mein Werden und Wirken*. Erinnerungen eines alten Gelehrten, Leipzig 1929.
- Fischer, Wolfram u. a.: *Exodus von Wissenschaften aus Berlin*. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933 (Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Forschungsbericht 7), Berlin, New York 1994.
- Fuhrmann, Horst: *Überall ist Mittelalter*, München 1998.
- Grau, Conrad: *Die Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, Heidelberg 1993.
- Grau, Conrad, Wolfgang Schlicker, Liane Zeil: *Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 3), Berlin 1979.
- Haar, Ingo: *Die Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft*, Phil. Diss. Halle-Wittenberg 1998.

- Hammerstein, Norker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, München 1999.
- Hartkopf, Werner und Gert Wangermann (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990* (Berliner Studien zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1), Berlin, New York 1991.
- Heinemeyer, Walter: „Edmund E. Stengel“, in: Ingeborg Schnack (Hrsg.), *Marburger Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen ..., Bd. 25; Lebensbilder aus Hessen, Bd. 1), Marburg 1977, S. 536–543.
- Hoffmann, Dieter: *Erwin Schrödinger*, Leipzig 1984.
- Hubenstorf, Michael und Peter Th. Walther: „Politische Bedingungen und allgemeine Veränderungen des Berliner Wissenschaftsbetriebes 1920 bis 1950“, in: Fischer, *Exodus*, S. 5–100.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther: *Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich* (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Berlin 1999.
- Laitko, Hubert (Hrsg. [als Leitung des Autorenkollektivs]): *Wissenschaft in Berlin*. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987.
- Lösch, Anna-Maria Gräfin von: *Der nackte Geist*. Die juristische Fakultät der Berliner Universität im Umbruch von 1933 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 26), Tübingen 1999.
- Macrakis, Kristie: *Surviving the Swastika*. Scientific Research in Nazi Germany, Oxford 1993.
- Mehrtrens, Herbert: „Wissenschaftspolitik im NS-Staat - Strukturen und regionalgeschichtliche Aspekte“, in: Fischer, *Exodus*, S. 245–266.
- Neugebauer, Wolfgang: „Zur preußischen Geschichtswissenschaft zwischen den Weltkriegen am Beispiel der Acta Borussica“, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte* 50 (1999), S. 169–196.
- Renn, Jürgen, Giuseppe Castagnetti und Peter Damerow: „Albert Einstein. Alte und neue Kontexte in Berlin“, in: Kocka, *Preussische Akademie*, S. 333–354.
- Rössler, Mechthild (Hrsg.) unter Mitarbeit von Cordula Tollmien: *Generalplan Ost*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), Berlin 1993.
- Schulze, Winfried und Otto Gerhard Oexle (Hrsg.): *Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 1999.
- Siegmund-Schultze, Reinhard: *Mathematiker auf der Flucht vor Hitler*. Quellen und Studien zur Emigration einer Wissenschaft (Dokumente zur Geschichte der Mathematik, Bd. 10), Braunschweig 1998.
- Siegmund-Schulze, Reinhard: „Theodor Vahlen - zum Schuldanteil eines deutschen Mathematikers am faschistischen Mißbrauch der Wissenschaft“, in: *NTM* 21 (1984), S. 17–32.
- Stern, Fritz: „Max Planck. Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte“, in: Fritz Stern, *Das feine Schweigen*. Historische Essays, München 1999, S. 35–63.
- Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934*. Eine Biographie, München 1998.
- Vogt, Annette: „Issai Schur – als Wissenschaftler vertrieben“ in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1999, S. 217–235.
- Walther, Peter Th.: „Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften in Berlin: Von der Weimarer Republik zur Vier-Sektoren-Stadt“, in: Fischer, *Exodus*, S. 153–183.
- Walther, Peter Th.: *Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker*, Diss. State University of New York at Buffalo 1989.